

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4306. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Berlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Die englischen Arbeiter fordern die Revision der Pariser Beschlüsse.

London, 17. Februar. Der Parliamentsauschuss des Gewerkschaftskongresses und der Vollzugsausschuss der Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland geforderte Entschädigung nicht gezahlt werden könne, auf eine nochmalige Erwägung des Vertrages der deutschen Entschädigung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, Deutschland könne und solle die tatsächlich angerichteten Zerstörungen wieder gutmachen; die Rechnung sei jedoch gestiegen und die Anrechnung von Pensionen und Vergütungen, die unvereinbar seien mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwägung der Entschädigungsforderung, sondern auch eine Aenderung des gesamten Verhaltens der Alliierten gegen Zentraluropa und Rußland.

Auch die italienischen Arbeiter protestieren.

Rom, 16. Februar. Die italienischen christlichen Gewerkschaften haben eine Entschuldigungs- und Verzeihungsadresse an den Appell deutscher Arbeiterorganisationen an die Solidarität der Arbeiter aller Länder folgenden Inhalt: Die Confederation hätte schon 1919 gegen Versailles Stellung genommen und bekräftigt jetzt den Widerspruch gegen die vorgezeichneten Sanktionen und gegen den Zustand der Sklaverei, zu dem die deutsche Arbeiterklasse für 42 Jahre zugunsten eines fremden Kapitalismus und Imperialismus verurteilt worden sollte. Dies stelle die letzte grausame Verletzung der Grundrechte von Gerechtigkeit und Freiheit dar, für welche die Regierungen der Entente angeblich kämpften. Die christlichen Arbeiter Italiens erhöhen ihre Stimme gegen die Hebergriffe negativer Autokratien, die Revanchestimmung erzeugen und den Frieden fernhalten. Sie protestieren im Namen christlicher Ideen gegen die Erdrückung des deutschen Volkes durch neue Auflagen.

Kahr kündigt die Sabotierung der Entwaffnung an.

Beantwortung unserer Interpellation.

München, 17. Februar. In der heutigen Nachmittagsdebatte des Landtags wurden in Anwesenheit der gesamten Staatsregierung die beiden Interpellationen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen betr. die Haltung der bayerischen Regierung zum Pariser Diktat beprochen. Ministerpräsident Dr. v. Kahr kennzeichnete den Standpunkt der Regierung und der Koalitionsparteien dahin, daß die Erfüllung der Pariser Forderungen die vollständige Verstaatlichung des deutschen Volkes, besonders der Arbeiterklasse, auf zwei Generationen hinaus bedeuten würde. Das ganze Volk in allen seinen Teilen sei sich darin einig, daß diese Vorschläge unannehmbar seien. „In der Entwaffnungsfrage“, sagte der Redner, „mußte der bayerische Ministerpräsident bei den Berliner Besprechungen über die bayerische Einwohnerwehr an dem seither eingenommenen Standpunkte festhalten. Alle innerpolitischen Beschränkungen über ihre innere Wesen sind ebenso unbegründet wie die Beschränkungen ihrer Gegner. Die Einwohnerwehr wird von selbst verschwinden bei genügender Erklarung des Staats. Heute schon festzulegen, bis zu welchem Termin das der Fall sein wird, ist schlechterdings unmöglich. Angesichts der Bayern von innen und außen drohenden Gefahren ist die Einwohnerwehr nach wie vor eine nationale Lebensnotwendigkeit. Sollte die Reichsregierung zu der Anschauung gelangen, daß unsern Standpunkte nicht anzuhängen zu können, so müßte sie für alle Maßnahmen die ausschließliche Verantwortung nach jeder Richtung hin tragen.“

München, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der gestrigen Landtagsdebatte über die Interpellation der USPD und SPD, die über die Haltung der bayerischen Regierung zu den Pariser Forderungen Auskunft verlangte, sagte der Ministerpräsident v. Kahr nichts anderes, als bisher in offiziellen Verlautbarungen der Regierung gesagt worden war. Die bayerische Regierung hält nach wie vor daran fest, daß die Einwohnerwehr nicht aufgelöst und nicht entwaffnet werden könne und daß das Reich für etwaige Entwaffnungsmaßnahmen die volle Verantwortung treffe.

Der Redner der USPD. hatte an die Regierung die ausdrücklichen Fragen gerichtet: „1. Wird die bayerische Regierung ihren Behörden bestimmte Anweisungen geben, die von der Reichsregierung angeordneten Entwaffnungsmaßnahmen durchzuführen? 2. Wird die bayerische Regierung, wenn das Reich die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen anordnet, durch ihre offizielle Presse noch weiter den Standpunkt vertreten, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehren mit den Lebensinteressen des bayerischen Volkes nicht vereinbar ist?“

Der Ministerpräsident berührte in seinem Schlusswort diese Fragen mit keinem Wort.

Die Landtagsfraktion der USPD. erklärt heute im Münchner Parteiorgan, Der Kampf, folgende Erklärung: „Die Fraktion der USPD. erklärt, daß die Antwort des Ministerpräsidenten auf die gestellten Fragen in der Landtagsdebatte vom 17. Februar sich um den Kern der Sache herumdrückt. Die von ihr gestellten Fragen sind nicht beantwortet worden. Die Fraktion weiß, daß die Machtverhältnisse im Landtag ihr nicht die Möglichkeit geben, eine klare Stellungnahme des Ministerpräsidenten zu erzwingen. Sie wird den Kampf gegen die Regierung Kahr in der

schärfsten Form fortsetzen und fordert die Genossen im Lande auf, sie in diesem Kampfe zu unterstützen und aufmerksam die politischen Ereignisse der nächsten Zeit zu verfolgen.“

Bemerkenswert ist der Schluß der bayerischen Rede. Er zeigt, wie der Herr die bayerischen Einwohnerwehren durch den Protest gegen die Pariser Wiedergutmachungsforderungen mit zu bedrängen sucht. Er sagte nämlich: Wir stellen uns in die geschlossene Phalanx des deutschen Volkes mit dem festesten Entschlusse dah wir uns keinem Sklavensoch beugen werden und durch kein Diktat uns zum Selbstmord bringen lassen.

Die bayerische Reaktions-Koalition, zu der auch die Demokraten gehören, ließ dann durch den Abg. Stang (Bayr. Volkspartei) eine Erklärung abgeben, in dem die Ausführungen des Ministerpräsidenten gebilligt werden. Auch in der Frage der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren, die eine Meinungsverschiedenheit, aber keine Spannung zwischen Bayern und dem Reich, geschweige denn die Gefahr eines Bruches bedeutete, erkennen die Koalitionsparteien die Berechtigung und Folgerichtigkeit des Regierungsstandpunkts an. Sie hoffen, daß ein Weg gefunden werde, auf dem die erforderliche Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten des Reiches und Bayerns mit der loyalen Ausführung übernommener Verpflichtungen vereinbart werden kann.

Die Besprechung der Interpellation wird heute fortgesetzt.

Wachsen der Opposition in England.

Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus London wird dem Berliner Tageblatt vom 17. Februar berichtet: Obwohl die britische Regierung von einer Auflösung des Parlaments nichts hören wollte, mehren sich die Anzeichen, daß man im Lande das Parlament nicht mehr als den richtigen Ausdruck des Volkswillens betrachtet. Täglich ergeben sich weitere Anzeichen der Unzufriedenheit. Der Abgang der zwei Lords Cecil zur Opposition war für das Ansehen der Regierung bereits bedenklich, aber weit mehr bezeichnend für die Volkstimmung ist der Antrag Bottomley, der in dem Entwurf der Antwort auf die Thronrede den Mangel einer Erklärung bezüglich der baldigen Parlamentsauflösung bedauert. Bottomley als Herausgeber von mehreren Wochenblättern kennt wahrscheinlich die Volkstimmung besser als Northcote und weiß sie sogar nach seinen eigenen Ansichten zu modellieren. Aber die Ansicht, daß diese Aktion Erfolg habe, sind gering, obwohl vielleicht Lord George nichts so willkommen sein könnte, als eine Auflösung in diesem Augenblick, wo noch keine geeignete Persönlichkeit als Nachfolger zu finden ist und wo die Oppositionsparteien sich gegenseitig nach links und rechts ausgleichen. Glaub: man doch mit Bestimmtheit, daß im Laufe dieses Jahres von einer Auflösung nicht die Rede sein kann.

Meuterei in Petersburg? Drei bolschewistische Divisionen nach Petersburg abgerückt?

Die Daily Mail meldet aus Helsinki: Seit Sonnabend liegt keine direkte Nachricht mehr aus Petersburg vor, doch berichtet es, daß schwere Kämpfe zwischen kommunistischen Truppen und gegenrevolutionären Meutereern sich abspielten.

Die Morning Post berichtet, daß das Stadlinnere von Petersburg in der Hand von Gegenrevolutionären sich befindet. Der Daily Herald bestätigt, daß drei bolschewistische Divisionen nach Petersburg abgerückt seien und daß die Stadt wiederholt von Söldnern beschoßen worden sei.

Die Meldungen der bürgerlichen englischen Blätter können nur mit großem Mißtrauen aufgenommen werden — ihre Korrespondenten sehen gern, was sie sehen möchten und machen aus einer konterrevolutionären Mäule bedenkenlos einen Elefanten. Diesmal aber werden diese Meldungen gestützt durch eine Nachricht des Daily Herald, des Londoner sozialistischen Organs, dessen Redaktion dem Bolschewismus sehr sympathisch gegenübersteht. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß auch dieses Blatt nicht getäuscht sein könnte — die Bestätigung der Meldung in ihrem vollen Umfange ist jedenfalls abzuwarten.

Vor einigen Tagen wurde bekanntlich von einem schweren Konflikt zwischen den Matrosen von Kronstadt und der Sowjetregierung gemeldet. Es wäre denkbar, daß er sich bis zu offenen Kämpfen verschärft hätte.

Sinnische Blätter wollen übrigens wissen, daß der bekannte Kolonnenführer Dutow an der turkmenischen Grenze eine Reiterarmee von mehr als 100 000 Mann (?) gegen Moskau aufgestellt habe und daß im fernen sibirischen Osten der General Semenov den Kampf gegen die Verbündeten der Moskauer Regierung, die „Republik des fernen Ostens“, wieder aufnehmen im Begriff sei. Er habe einen Aufbruch erlassen, in dem er mitteilt, daß er den Oberbefehl über die weiße Armee im fernen Osten übernimmt, worauf der japanische Oberkommandierende in Wladivostok sofort seine Neutralität erklärte.

Die Wahlen in Preußen.

Von Paul Sonntag.

Der Wahlkampf ist von allen Parteien mit äußerster Kraft geführt worden, aber die breiten und tiefen Massen des Volkes hat er nicht erfaßt. Jede Partei brachte in der Regel nur ihre eigenen sicheren Anhänger in ihre Versammlungen, die lebendige Volksstimmung hatte keine für sich. Den meisten „Zulauf“ hatten, wenigstens in Mitteldeutschland, wohl noch die Deutschnationalen, die als „Oppositionspartei“ jetzt wie besessen um die „ganze Machteroberung“ kämpfen. In Wahlpropaganda, heimtückischer Verleumdung der Sozialdemokratie und Demokratie haben die Deutschnationalen den Tiefstab aller „Politik“ erreicht. Daß menschliche Hirne solch raffinierte Niedertracht und Abgefemtheit auszukübeln fähig sind, ist — bewundernswert, erfüllt wohl aber manchen mit Schauer vor den Abgründen menschlicher Natur. Diese bodenlose Verwahrlosung rächt sich schon bitter durch die tolle Gärung in dieser angenehmen „Partei“. Ihre Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. — Die Gesamtwahlbeteiligung dürfte stark hinter der bei der Reichstagswahl zurückbleiben.

Die Wahlausichten der sozialistischen Parteien sind nicht rosig. Verhältnismäßig am besten werden natürlich die Rechtssozialisten die Masse ihrer Wähler noch halten, weil ihr parteibureaucratischer Apparat intakt ist und die Regierungsmachtmittel zur Beeinflussung der Wähler natürlich auch eine gewisse Wirkung haben. Ihre Agitation war nicht auf Sozialismus und auf Klassenkampf zur Eröberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse eingestellt. Ach nein. Ihr einziges Wahlziel ist: Erhaltung der Regierungskoalition! Sie wirken also für Stärkung der Rechtssozialisten, der Demokraten und des Zentrums! Das ist ihr Wahlziel. So fortumplierend wirkt eine Koalition mit bürgerlichen Parteien!

Ministerpräsident Braun gab am 4. Januar in Königsberg als Wahlsparade aus:

„Im Interesse des reibungslosen Zusammenarbeitens der Reichsregierung und der preussischen Regierung ist es erwünscht, daß im Reich und in Preußen die gleichen Parteien die Regierung bilden. Im Reich muß das Steuer etwas nach links gedreht werden und auch im Reich muß eine der preussischen Regierung konforme Regierung gebildet werden.“

Also Fortführung der Koalitionsregierung in Preußen und Wiedereintritt der Rechtssozialisten in die Reichsregierung! Der Fraktionstredner der Rechtssozialisten, der Abg. Ernst Heilmann (politisch, „Kudbriessig“) bekannt aus Chemnitz) versicherte in der letzten Sitzung der Landesversammlung:

„Wir haben im Kriege durchgehalten bis zum bittersten Ende; wir blieben auf der Bahn des Burgfriedens, selbst bis zum Opfer der Parteispaltung. Und wir beharren bei dieser Politik, die mir den Namen Sozialimperialist eingebracht hat, auf den ich heute noch stolz bin.“

Wer dem Volke kein anderes Ziel zu weisen vermag als die Koalition mit bürgerlichen Parteien zur berühmten „Durchschung des Möglichen“, der ist mit den klassenbewußten sozialistischen Arbeitern fertig. Mit einer verbürgerlichten Reformpartei können Proletarier nichts zu tun haben.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat den Wahlkampf überall entsprechend ihren sozialistischen Grundgedanken geführt. Für uns ist der Wahlkampf ein Teil der Aufklärungs- und Schulungsaktion der proletarischen Massen für den selbständigen sozialistischen Klassenkampf. In diesem Ringen sind uns fast nirgends die Rechtssozialisten entgegengetreten, um so mehr aber die sogenannten Kommunisten. Die Wahlfeststellungen, besonders im „blutroten (bolschewistischen) Herzen Deutschlands“, im Bezirk Halle-Merseburg, hatten unter dem Terror der Moskauer sehr zu leiden. Der Lärm und der Kadav, die Beschnurung und Beschimpfung hat überall den Höhepunkt der Gemeinheit erreicht, als Steigerung bleibt nur körperliche Gewalt, die ja auch bereits hier und da eine Rolle gespielt hat. Der Wahlkampf der Kommunisten richtete sich fast ausschließlich gegen die USPD. Lediglich in USPD-Versammlungen kamen die Sturm- und Sprengtrollen, alle andern Parteien blieben von ihnen durchweg verschont. Das „Kampfsystem“ im Bezirk Halle-Merseburg war so: Störung des Referenten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, dann ein oder zwei lange heftige Reden von Kommunisten und schließlich Versammlungssprengung, wenn der angegriffene Referent das Schlusswort beginnen wollte. Durch Gesang der Internationale vom „Menschenschmerz“ wurde gewöhnlich der geschmähte Referent um sein Menschenrecht der Erwiderung betrogen. Unsere Genossen haben überall schier übermenschliche Geduld üben müssen, um diesen Terrorismus zu ertragen, da es bei aktiver Gegenwehr sonst an diesen Orten zu Gewalttätigkeiten gekommen wäre. Die Verwilderung der Versammlungsstätten ist grenzenlos.

Diese wahrnehmbare Selbstzerfällung in der revolutionären sozialistischen Arbeiterbewegung wird auf das Stimmenergebnis eines niederdrückenden Einflusses haben. Infolge der Zerstückelung der USF. durch die Moskauer Können USF. und RKP. nicht erwarten, daß sie zusammen soviel Stimmen erhalten werden, wie noch bei der letzten Reichstagswahl. Eine geschlossene Partei soll größere Massen Wähler zusammen als zwei oder mehr sich bis aufs Leben bekämpfende Teile. Am 26. Januar 1919 erhielt die USF. bei der Wahl der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung 1 280 808 Stimmen, und am 6. Juni 1920 wurden bei der Reichstagswahl in Preußen (abgesehen von damals nicht wählenden Provinzen) 2 002 922 Stimmen abgegeben. In der bisherigen Landesversammlung waren die Parteien in folgender Stärke vertreten:

Rechtssozialisten	145	Unabhängige	24
Zentrum	88	Deutschnationale	50
Demokraten	66	Deutsche Volkspartei	21
Regierungsparteien 299	Welfe, Dänen	8	
Oppositionsparteien 103			

(Nach der Parteilosung blieben 14 Fraktionsmitglieder bei der USF., 10 wanderten zu den Kommunisten.)

Nach den Ziffern der starken Vorherrschaft des Regierungsblochs könnte es erscheinen, als sei doch eine Mehrheit für die Regierungsparteien wieder zu erlangen. Die Möglichkeit besteht natürlich, aber nur die Möglichkeit schwacher Zahlen, nicht mehr die innere Möglichkeit des weiteren politischen Dahinfahrens des hohen Regierungsblochs. Weder Demokraten, die stark verlieren werden, noch das Zentrum, das bekamtmaßen keine Schiffein noch am besten und jähesten zusammenhält, können mit den Rechtssozialisten allein auf die Dauer Politik machen. Nicht in Preußen! Da gehörte mindestens noch die Deutsche Volkspartei dazu, die ihre Regierungsansprüche jetzt schon heftig anmeldet. Die Deutsche Volkspartei ist eine durch Parteiprogramm festgelegte monarchische Partei, mit der zu regieren sich die Rechtssozialisten wohl noch überlegen werden. Wenn sie es täten — um so besser für den gründlichen Klärungsprozeß unter den Arbeiterparteien.

Aber abgesehen von allen möglichen Kombinationen steht doch eins fest, daß in Preußen so nicht weitergeworfen werden kann. Ueber kurz oder lang muß es zu entscheidenden Kämpfen kommen, denn die Mächte des Rücktritts sind so stark geworden, daß sie zum Versuch planmäßiger Machtpolitik gezwungen sind. Entweder müssen sie versuchen, die schrankenlose Machtdiktatur und den gewalttätigen „Ordnungsstaat“ in einem Ansturm auf einmal zu errichten — das würden sie tun, wenn ihnen die Wahlen eine sichere Mehrheit brächten. Oder sie müssen Schritt für Schritt und Zug um Zug die Reaktionsgewalten besitzeln, die Volkswirtschaft verfallend, verfaulen, rauben, die Arbeiterbewegung knebeln und „Demokratie“ zur Diktatur umwandeln. Beide Wege führen zur schweren Not für die politische erwachte Arbeiterklasse, deren Kraft der Aufbäumung wachsen muß. Bisher haben die Vorbereitungen zu diesem Nachringen die Reaktionsparteien immer einiger, die Arbeiterparteien immer uneiniger gemacht. Im Regierungsbezirk Halle-Merseburg z. B. vereinigten sich Deutschnationale, Volkspartei und Landvolksbund zu einem „Nationalen Ordnungsbund“ (wie das Stichwort auf ihren Stimmzetteln lautet) und stellten gemeinsame Kandidaten für den Provinziallandtag auf. Die drei „sozialistischen“ Parteien bekämpften sich hingegen gerade hier bis aufs Messer. Und auch die Rechtssozialisten tun es den Kommunisten gleich: alle Kraft gegen die verhasste USF. zu konzentrieren, nur verwenden sie dabei anständige und geistige Mittel. Ihre Kampfpolemik im „blutroten Herzen Deutschlands“ lautet: Nicht auf die Kommunisten zu sitzen, die wirtschaftlich sich selber abtöten! Sie ihre Taktik in voller Reinheit entfalten, dann folgt bald der Zusammenbruch und die enttäuschten Massen werden zurückfallen. (Soweit stimmt die Logik!) Aber alle Kraft jetzt zur Vertiefung der Unabhängigen! Sie müssen „ausgerleben“ sein, wenn der Rückfallungsprozeß beginnt, auf daß die Massen wieder in den Schoß der Scheidemann-Koalition einmünden. — Welch ein Gipfelpunkt des Giftes und des politischen Wahns! Das Proletariat wird nur zu einer Partei zurückkehren und kommen, die die selbständige sozialistische Klassenpolitik aufrechterhält und vom wissenschaftlichen Sozialismus weder zugunsten einer bloßen „Reformpolitik“ noch einer wahrnehmbaren Parolen-Diktatur abweicht.

Durch Aufrufe, Redner und Presse hat die USF. in Preußen diese grundsätzliche Politik befohlen und im ganzen Wahlkampf dargelegt. Das wird im Selbstbeinnungsprozeß der Arbeitermassen keine Früchte tragen, ganz abgesehen von der Zahl der zu gewinnenden Mandate. Die sozialistische Schulung ist doch der einzige Weg zum späteren sicheren Erfolge. Der Parlamentarismus ist nur ein Mittel. Sozialistisch ungeschulte Massen, die bloß für uns „wählen“, sind vielfach Jungland, der bald dem Hauße der „Reformer“, bald dem Winde der Gewaltverherrlicher folgt. — aber nicht dem sozialistischen Klassenkampf treu bleibt. Die zweifelhafte Haltung der Partei hat es bewiesen.

Der sozialistische Klassenkampf wird in Preußen sehr bald die Notwendigkeit einer Einheitsfront des sozialistischen Proletariats erweisen. Preußen hängt mit der Politik des Reiches, mit den Geschicknissen in der Auslandspolitik am engsten zusammen. Die preussische Politik kann nicht losgelöst oder im Gegensatz zu diesen Faktoren betrieben werden. Preußen ist es aber auch, das zur Gesundung des Reiches (das heißt des deutschen Einheitsstaates!) endlich demokratisiert werden muß. Gleiches Wahlrecht und 4 bis 5 „sozialdemokratische“ Minister machen aus Preußen noch keine Demokratie. Alle Machtfaktoren sind dieselben geblieben: Bürokratie, Polizei, Justiz, Schuldiktatur, Großgrundbesitz und Schwerindustrie. Mit der konzentrierten politischen Gewalt dieser Mächte wird in Preußen das Entscheidende ringsum geführt werden. Im Kampfe wird die Einheitsfront des sozialistischen Proletariats entstehen.

Das Wahlergebnis und seine politischen Folgen werden die USF. in Preußen vor große Aufgaben stellen. Verharrt die USF. unerschütterlich auf ihrem wissenschaftlich-sozialistischen Programm und ihrer konsequenten proletarischen Klassenkampfpolitik, so bleibt sie der Faktor, der in Zukunft das sozialistische Proletariat einigen wird.

Eine kleine Probe für die deutsche Justiz.

In ihrer Donnerstag-Ausgabe gibt die Rote Fahne die photographische Reproduktion eines handschriftlichen Briefes des Staatsrats Kleinwächter in Hindenburg an den Generalsekretär Vosberg vom Deutschen Ostmarkenverein. In dem er erklärt, er habe Gegenstände getrieben und leite als Krüppel einen geheimen „Hausstich“ von 600 Mann.

Was wird die Staatsanwaltschaft, die so überaus eifrig ist, wenn Spigel ihr gefälschte Berichte über „Arbeiter-Putsch“ gegen gute Bezahlung auftragsgemäß liefern, gegen diesen Grubler eines 600 Mann starken geheimen „Hausstiches“ unternehmen? Nach der handschriftlichen Urkunde kann es für keinen Staatsanwalt einen Zweifel mehr geben, daß Kleinwächter in größtmöglicher Weise gegen das Verbot der Bildung militärischer Banden verstoßen hat. „Sie sehen, ich bin der Alte“, schrieb Kleinwächter seinen Brief. Das heißt, er läßt sich durch Strafanordnungen des Reichspräsidenten nicht „einschüchtern“. Wird die Staatsanwaltschaft den „Mut“ aufbringen, Kleinwächter auf freiem Fuß zu lassen, während sie gerade jetzt zahlreiche Arbeiter in Haft setzen und vor die Ausnahmegerichte schleppen läßt, weil sie „rote Armeen“ ohne Waffen gebildet haben sollen?

Die deutsche Justiz ist hier auf eine Probe gestellt. Wir sind gespannt, wie sie sich herausweisen wird. Aber wir sind schon heute überzeugt, daß der Fall Kleinwächter wieder eine Verherrlichung unseres Materials über die deutsche Klassenjustiz liefern wird. Im schlimmsten Falle gibt es ja die zum Freispruch führende Annahme, daß sich der Jugendbildner Kleinwächter „über sein Tun nicht klar gewesen ist“, wie der Waidenburger Leutnant Müller. Nicht wahr, Herr Staatsanwalt?

Die „treudeutsche“ Wahrheitsliebe der Deutschnationalen wird übrigens in diesem Falle hell beleuchtet durch den Umstand, daß die Deutsche Zeitung vor einiger Zeit, als die Rote Fahne zuerst den Wortlaut des Kleinwächterschen Briefes ohne die photographische Reproduktion veröffentlichte, ihn schamlos als Fälschung bezeichnete. Jetzt dürfte ihr das Zeugnis wohl verwehrt werden.

Zur Londoner Konferenz.

Paris, 17. Februar. Neuer veröffentlicht folgende offizielle Informationen: Man besitzt in London noch keine offiziellen Informationen bezüglich der Zusammenkunft der französischen, italienischen, belgischen und deutschen Missionen, welche für die bevorstehende Londoner Konferenz erwartet werden. Man weiß bis jetzt nur, daß der Außenminister Dr. Simons der deutschen Mission angehört wird. Ferner habe man die Namen der Vertreter der Missionen von Konstantinopel und Angora. Die erste Konferenz dürfte sich mit den griechisch-türkischen Verhältnissen beschäftigen und am 21. Februar in der Downing Street eröffnet werden. Bis jetzt ist noch kein Programm aufgestellt. Man nimmt aber an, daß der Oberste Rat vor der ersten Konferenz die schwebenden Fragen noch einmal unter sich besprechen wird. Es herrscht die Ansicht vor, daß Deutschland sobald als möglich seine Vorschläge bezüglich der Zahlungen machen werde, damit man diese noch vor Beginn der Konferenz prüfen kann.

Die deutschen Gegenentwürfe.

Berlin, 18. Februar. Die deutschen Gegenentwürfe für die Londoner Konferenz dürften von den Sachverständigen voraussichtlich Anfang der nächsten Woche fertiggestellt werden. Es ist in Aussicht genommen, die Gegenentwürfe zwischen der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen, sowie Vertretern des Reichswirtschaftsrats zu besprechen. Erst nach dieser Besprechung wird die endgültige Fassung der Gegenentwürfe erfolgen, und zwar voraussichtlich Ende der nächsten Woche.

Frankreichs Vertreter.

Paris, 17. Februar. (U.) Ministerpräsident Briand wird am Sonntag nach London abreisen. Er wird von Marshall Foch, Berthelot und mehreren Sachverständigen für Orientfragen begleitet werden. Die Abwesenheit des Ministerpräsidenten wird zwei Wochen dauern.

London, 18. Februar. Die französische Militärbehörde hat in den besetzten Gebieten den Zeitungen verboten, die Proteste gegen die Pariser Beschlüsse fortzusetzen, und bereits einer Reihe von Blättern mit Erscheinungsverbot gedroht.

Keine Vertretung Russlands auf der Wilsonkonferenz.

London, 17. Februar. Im Unterhause erwiderte Lloyd George auf die Anfrage Kennworthy, ob Russland eingeladen worden sei, Vertreter zur Konferenz für die Frage des nahen Ostens nach London zu senden, es bestehe nicht die Absicht, die im Sommer an Russland ergangene Einladung zur Regelung aller russland interessierenden Fragen, die von den damals in Polen herrschend vorbringenden Russen abgelehnt worden sei, zu erneuern.

Abtransport der letzten russischen Kriegsgefangenen.

Das Reichsabwärtungsamt erläßt einen Aufruf über den Abtransport der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland, in dem es unter anderem heißt:

Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen in ihre Heimat steht vor dem Abschluß. Ehemalige russische Heeresangehörige, die sich zur Zeit noch in Deutschland aufhalten, haben sich bis spätestens zum 15. März, möglichst aber schon früher in ihrem Stammlager oder dem nächstgelegenen Kriegsgefangenenlager einzufinden, damit sie den letzten Transporten nach Russland angeschlossen werden können. Nichteingetragene in dem Lager bis zum 15. März 1921 gilt als Verzicht auf die kostenfreie Heimüberführung. Bei dem großen Ueberfluß an deutschen Arbeitskräften müssen in Deutschland verbleibende ehemalige russische Heeresangehörige damit rechnen, daß sie ihre Arbeitsstelle verlieren und daß ihnen aus den deutschen Maßnahmen zum Schutze der heimischen Bevölkerung gegen Schwierigkeiten bei ihrem weiteren Verbleiben in Deutschland erwachsen. Alle Arbeitgeber, die Russen aufnehmen, beherbergen oder beschäftigen, werden aufgefordert, ihnen diesen Aufruf bekanntzugeben und sie auf die Folgen hinzuweisen, die sich aus einer Nichtbeachtung ergeben. Wie hierzu von zuständiger Stelle noch bemerkt wird, ist insbesondere unter diesen Folgen zu verstehen, daß die in Deutschland verbleibenden Russen aus Gefangenen zu einfachen Ausländern werden und den Vorschriften über die Ausländer unterliegen und gegebenenfalls als fähige Ausländer ausgewiesen werden können, obgleich zwar von amtlicher Seite in Aussicht

gestellt wurde, daß sie zu einem solchen Zwangsabschub keinesfalls greifen werde.

Klassenpolitik.

Bei einer Prüfung der von der Reichseisenbahnverwaltung beabsichtigten Erhöhung der Personentaxen ergibt sich, daß die neuen Tarife bei der 4. Wagenklasse eine Steigerung um 14 Prozent gegenüber den jetzigen Preisen bedeuten, bei der 3. und 2. Klasse 11 Prozent, bei der 1. Klasse hingegen nur 8,2 Prozent. Ueberdies soll man sich mit dem Plane beschäftigen, auch für das Gepäck, das in die 4. Klasse frei mitgenommen werden darf, einen Tarif aufzustellen.

Der weise Rat, den die Ententesachverständigen unserer Regierung zur Behebung des Defizits gegeben haben, wird getreulich befolgt: Tarif- wie Steuerpolitik werden planmäßig darauf eingeleitet, das Proletariat viel schwerer zu belasten als die besitzenden Klassen. Die neue Erhöhung der Bahntarife ist dafür geradezu ein Musterbeispiel: die Proletarier, die Reisenden der 4. Klasse, werden viel stärker zur Deckung des Defizits herangezogen als die Reisenden der höheren Klassen.

Eine vorläufige Maßregel.

Die Eisenbahndirektion Halle hat die Prüfungskommissionen, die zur Behinderung von Waffen- und Munitionstransporten nach Polen bei der Eisenbahn aus Arbeitern und Beamten eingesetzt waren, aufgelöst durch folgende Verfügung:

„Eisenbahndirektion Halle (Saale), den 10. Februar 1921. T. Nr. V. 5.

Die durch unsere Umbruderung vom 10. August 1920 — T. T. A. St. 34. Bfr. 5 — angeordnete Maßnahme, die Frachtbriebe, insbesondere auf Kriegsgüter, durch bestimmte Bedienstete nachprüfen zu lassen, wird aufgehoben, da sie infolge der Beendigung des Kriegszustandes zwischen Rußland und Polen gegenstandslos geworden ist. Die betreffenden Bediensteten sind sofort ihren früheren Dienstzweigen wieder zuzuführen. gez. Schehringer.

An die Verkehrsämter des Bezirkes ja besonders — außer dem Verkehrsamt Dessau.“

Der Friede zwischen Polen und Rußland ist bekanntlich noch nicht geschlossen — es ist sogar nicht einmal sicher, ob er in Riga zustande kommt, bei der schwankenden Politik der Entente ist sogar die Wiederaufnahme einer neuen Offensive der Westmächte gegen Rußland nicht ganz ausgeschlossen. Die Neutralität, zu der die deutsche Regierung sich verpflichtet hat und die die deutsche Arbeiterklasse entschlossen fordert, verbietet, daß während des Waffenstillstands Polen über Deutschland mit Material für einen neuen Krieg versorgt werde. Die Prüfungskommissionen dürften deshalb noch nicht aufgelöst werden.

Die Reichsregierung ist aufgefordert, die Maßregel der Halle'schen Direktion wieder rückgängig zu machen. Jedenfalls darf sie sich darauf verlassen, daß die Eisenbahner und die deutschen Arbeiter überhaupt auch ohne amtlich anerkannte Prüfungskommissionen auf dem Posten bleiben werden, um Sowjetrußland zu schützen. Wenn der Regierung der Zustand vor Einführung der Prüfungskommission überlassen ist, dessen sie sich wohl noch erinnern wird, um kann's recht sein!

Die Ausführung des deutsch-tschechischen Wirtschaftsvertrages.

Wie aus Berlin berichtet wird, sind die Verhandlungen, die seit Ende Januar mit Vertretern der tschechisch-slowakischen Regierung über die Ausführung des deutsch-tschechischen Wirtschaftsvertrages vom 29. Juni vorigen Jahres stattgefunden haben, zum Abschluß gebracht worden. Zur Regelung gelangten gewisse Fragen des beiderseitigen Warenaustausches, insbesondere auf dem Gebiete des Chemikalien, Anstöße, Maschinen und des Walzes. Die Kohlenmengen, die nach dem Kohlenabkommen beiderseitig ausgetauscht sind, wurden um ein geringes erhöht. Nach wurde eine Verlängerung dieses Abkommens bereits bis Ende Juni in Aussicht genommen. Die Verhandlungen, die gleichzeitig im Reichsfinanzministerium über den Abschluß eines Vertrages zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sowie des Rechtsstichwortes und der Rechtshilfe in Steuerfällen stattgefunden haben, haben zur Aufstellung eines vorläufigen Entwurfs auf diesen Gebieten geführt. Alle Zweifelsfragen konnten hier allerdings noch nicht endgültig erledigt werden. Der Entwurf wurde daher zunächst beiderseitig als unverbindlich erklärt. Nach dem Gange der Verhandlungen steht aber zu erwarten, daß in naher Zeit der endgültige Vertragsabschluß auch hier erfolgen wird.

Kohlenlieferungen Deutschlands.

Paris, 17. Februar. (U.) Die deutschen Kohlenlieferungen beliefen sich nach französischen Angaben im Januar auf 1 681 888 Tonnen. Davon erhielten: Frankreich 1 088 075 Tonnen, Italien 208 011 Tonnen, Belgien 274 896 Tonnen und Luxemburg 130 112 Tonnen.

Nach einer Haasen-Meldung hat die Kriegsstellenkommission nach Paris eine längere Ausführung über die Schwierigkeiten der Kohlenlieferungen. Diese Ausführung unterliegt zur Zeit einer genaueren Prüfung durch das Kohlenamt der Kommission. Die Deutschen werden von der Kommission angehört werden, sobald das genannte Amt seinen Bericht zu Ende geführt hat. Diese Vernehmung, die wahrscheinlich in den ersten Tagen des März stattfinden wird, wird sich jedoch nur mit der Festlegung der von Deutschland im April 1921 zu leistenden Kohlenlieferungen befassen, während keinerlei Verhandlungen der für den Februar und bringenden Russen abgelehnt worden seien, zu erneuern.

München, 17. Februar. (U.) In diesen Tagen finden in Berlin beim Reichskohlenkommissioner Besprechungen statt, an denen die Leiter der Unterabteilungen der Länder teilnehmen. Vor allem soll die Hausbrandfrage geregelt werden. Die monatliche Belieferung von zwei Zentnern soll erhöht werden, doch dürfte die bereits verlangte Belieferung von vier Zentnern nicht ausfindig kommen, die bereits am 20. Februar in Tätigkeit treten sollte.

Die Kohlenpreiserhöhung verschoben?

Essen, 17. Februar. (U.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hört, ist die auf den 28. d. M. angesetzte Tagung des Heilskohlenverbandes und Ausschusses des Reichskohlenrats, die sich beide mit der Erörterung der Kohlenpreise für das Reichsgebiet beschäftigen sollten, auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Verchiebung großer Mengen Kriegsmaterial nach Polen.

Berlin, 18. Februar. (U.) Seit langem wird an der polnischen Grenze unweit Posen durch ein schwunghaftes Handeln mit allen möglichen Waren betrieben, so daß sich die Regierung genötigt sah, eine Ueberwachungsstelle einzurichten. Jetzt

Es es der Grenzpolizei gefangen, einem zum Aufhängen...
Der gemeinsame mit einem Steuerfiskus...
Secretariat nach Polen zu verschicken...
Es handelt sich wie die Danziger Zeitung berichtet...
um Werte von Millionen, darunter 130 Flugzeuge...
Maschinen, Maschinengewehre, Scherenfernerrohre...
hunderttausend militärische Ausrüstungen usw...
Wie jetzt bekannt wird, hat auch das Verschwinden von...
13 Maschinengewehren eine überraschende Klärung...
gefunden durch das Geständnis eines von der Grenzpolizei wegen...
Verschiebung von Secretariat verhafteten Gutsbesitzers...
im Kreise Danzburger, wobei sich herausstellte, daß auch...
diese Maschinengewehre nach Polen verschoben worden sind.

Die Unterhaltungskosten für die Besetzungstruppen.

Berlin, 17. Februar. (W. T. B.) In dem Bericht der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz werden nach der Europe Nouvelle die deutschen Angaben über die Unterhaltungskosten des Besetzungsheeres als unrichtig bezeichnet und behauptet, die deutsche Regierung habe für die von ihr angegebene Kostensumme von 10 000 000 000 Mk. in keiner Form Belege. Der Voss-Ztg. wird dazu von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Alliierten bereits 16 Milliarden Papiermark aus dem liquidierten deutschen Eigentum zur Deckung der bisherigen Besetzungskosten angemeldet haben. Ferner enthält die deutsche Kostangabe diejenigen Ansprüche, die deutsche Staatsbürger seit dem ersten Tage der Besetzung für den durch diese erlittenen Schaden geltend gemacht haben.

Das deutsch-holländische Kreditabkommen.

Rotterdam, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Haag wird vom 17. Februar gemeldet: Wie verlautet, steht der Ausführung des deutsch-holländischen Kreditabkommens nichts mehr im Wege. Wahrscheinlich wird noch Ende dieser Woche die Treuhändergesellschaft gegründet werden. Sämtliche Schwierigkeiten sind jedenfalls beseitigt.

Eine siegreiche Schlacht.

Der Kampf um den „Retgen“, der zwischen der christlich-sozialen Regierung Österreichs und dem Wiener Bürgermeisterei geführt wurde, ist entschieden: 500 handfeste Kabaubrüder drängen in eine Reigenvorstellung ein und unterföhrt von zehnten im Zuschauerraum planmäßig verteilten Komplexen errangen sie einen vollständigen Sieg über die Zuschauer, die mißhandelt und aus dem Theater geschleift wurden. Die brutalen Heiden verschonten auch die Frauen nicht, die bei den Haaren gezogen wurden, und beseligten ihren Sieg durch die Zertrümmerung des Theaterintendanten. Die Polizei aber, deren Rindorn um das Theater von den Schandbuben überaus leicht durchbrochen wurde, besetzte sich die weiteren Aufführungen des Stückes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu verbieten und so die verfassungsmäßige Frage zu „lösen“.

Eine Bitte Österreichs an die Entente.

Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der österreichische Bundeskanzler Tisza hat an die Entente die Bitte gerichtet, zusammen mit dem Ernährungs- und Finanzminister in London empfangen zu werden. Die Unterredung soll sich auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage Österreichs erstrecken. Die Entente hat noch nicht entschieden, welche Stellung sie gegenüber dieser Bitte einnehmen soll.

Österreichs Finanzjend.

Wien, 17. Februar. (L. B.) Die Staatsangehörigen verlangen eine Zulage von monatlich 5000 Kronen. Finanzminister Dr. Grinm wird in der heutigen Sitzung des Nationalrates ein erschöpfendes Bild der Finanzlage Österreichs entwerfen, in der er einen Kreditvorschlag zum Staatsvoranschlag einbringen wird, aus dem erhellt, daß das Defizit 42 Milliarden Kronen beträgt. Das kennzeichnende Merkmal der Situation ist, daß der Kreditbedarf Mitte September d. J. mit 12 Milliarden berechnet worden ist, also demnach in fünf Monaten auf mehr als das Dreifache gestiegen ist.

Verhandlungen über Westungarn.

DA. Wien, 17. Februar. Die Verhandlungen zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung über die Westungarnfrage beginnen heute vormittag. Die österreichischen Vertreter werden über das wesentliche der Frage, nämlich über die Uebernahme Westungarns, gar nicht mit sich verhandeln lassen und sich vor derzeitigen ungarischen Vorschlägen zurückziehen.

Internationale Sozialistische Jugendkonferenz in Wien.

Der Vorstand des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands beruft im Einvernehmen mit dem Comité National de la Fédération des Jeunes socialistes de France und andern sozialistischen Jugendverbänden für Sonnabend, den 28. Februar, eine internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen nach Wien ein. Teilnehmerberechtigt sind alle jene sozialistischen Jugendorganisationen, die vor und während des Krieges der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen angehört haben. Als Tagesordnung schlägt das vorbereitende Komitee vor: 1. Bericht über den Stand der sozialistischen Jugendbewegung in den einzelnen Ländern. 2. Die Aufgaben der sozialistischen Jugendorganisationen in der Revolution. 3. Die Wiederherstellung der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen. 4. Der internationale Kampf der sozialistischen Jugend gegen den Militarismus und für die Verteidigung der proletarischen Revolution.

Die Anmeldung der Delegierten ist zu richten an den Vorstand der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, Wien V, Rechte Wienzeile, Nr. 97.

Die Affäre Dunois.

Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Paris wird vom 17. Februar dem Berliner Tageblatt gemeldet: Die Humanität bringt heute die Tatsachen zur Kenntnis für die Beschuldigungen gegen ihren Generalsekretär A. Dunois, der bei den Kommunistenverfassungen verhaftet wurde. Dunois hatte einen Schock im Volk, der von Abramowitsch herührte, und die Behörde sah daraus die Forderung, daß er mit den Bolschewisten in Verbindung stünde und an einer Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates beteiligt sei. Die Humanität weist nun nach, daß Dunois diesen und einige andre Schritte von Abramowitsch aus Gefälligkeit angenommen hatte, um sie für den russischen Genossen, der von der Polizei beobachtet wurde, einzulassen. Das Geld war dazu bestimmt gewesen, eine französische Ausgabe der „Kommunistischen Internationale“

vorüberzuleiten. Abramowitsch hatte den Betrag bei mehreren Banken deponiert und wollte ihn vor seiner Reise ins Ausland abheben, wogte aber nicht, selbst die Schecks vorzuliegen. Deshalb wandte er sich an die französischen Genossen, die ihm auf seine Bitte den Bestand nicht verlagten. Mit dieser Erklärung fällt die Beschuldigung gegen Dunois, der auch in nicht-sozialistischen Kreisen als ein reiner Charakter bekannt ist. Aber die Enthüllung der Humanität befestigt jetzt Abramowitsch, dem nunmehr nachgewiesen ist, daß er nach Frankreich kam, um hier Propaganda für die Ziele des Bolschewismus zu machen. Auch daß Abramowitsch bei dem Kongreß in Tours anwesend war, wird von der Humanität jetzt zugegeben.

Daß der russische Kommunist Abramowitsch durch diese Enthüllung „belastet“ wird, wie die von bürgerlicher Quelle stammende Meldung besagt, können wir nicht einsehen. Ob er sich bei seiner Einreise nach Frankreich verpflichtet hat, keine Propaganda zu treiben, können wir im Moment nicht feststellen.

Jar Kommunistenjagd in Frankreich.

Paris, 17. Februar. Der Allgemeine Sicherheitsdienst teilt mit, daß im Departement Pas de Calais zahlreiche Plakate und antimilitaristische Flugblätter verbreitet werden. Eine Untersuchung ist im Gange, ferner sind in dem Lager der früheren russischen Legionäre in der Nähe von Ocran bolschewistische Propagandazeitungen und Werbefchriften beschlagnahmt worden, auf denen als Druckort Neunort und die Jahreszahl 1921 angegeben ist. Einer der Expedienten dieser Zeitungen soll im Departement Yonne wohnen. Auch hier ist eine Untersuchung im Gange. Weiter wird laut Station Belge aus Brüssel berichtet, daß dort in letzter Zeit bei mehreren Extremisten Nachforschungen angestellt worden sind, deren Ergebnis darauf schließen läßt, daß in Kürze ein ausgebreiteter Werbefeldzug auf Anordnung Moskaus gleichzeitig in Brüssel, Paris, Amsterdam und Deutschland zu erwarten ist.

Vom Wiederaufbau der französischen sozialistischen Partei.

Auf dem in Clermont-Ferrand abgehaltenen Kongreß der Föderation des Departements Puy-de-Dôme wurde mit 68 gegen 25 Stimmen beschlossen, der von Laurès, Guesde und Baklanoff gegründeten Partei treu zu bleiben. Bemerkenswert ist, daß der als Sprecher der Kommunisten nach Clermont-Ferrand gerufene Redakteur Bloch erklärte: „Ich rede die oppositionellen Genossen nicht mit „Herren“ an. Ich kann in ihnen keine Vertreter erblicken und bin der Auffassung, daß solche dünnen Worte nicht ausgesprochen werden sollten.“ Das bedeutet, wie der Populaire hinzufügt, eine scharfe Abgrenzung den in der kommunistischen Humanität sehr blühend gewordenen Ton.

Gewaltiges Anschwellen des Arbeitslosenheeres in England.

London, 16. Februar. Im Unterhause erklärte der Führer der Arbeiterpartei Cigne über die Arbeitslosigkeit, die Lage sei seit Dezember schlimmer geworden. Er fragte die Regierung, welche Schritte sie zur Wiederherstellung eines wirklichen Friedens und zur Schaffung von Handelskrediten unternommen habe, und trat für die Wiedereinstellung des internationalen Handels und der Handelsbeziehungen zu Rußland ein. Mr. Kamaer erklärte, die Zahl der Arbeitslosen sei von 330 000 im Oktober vorigen Jahres auf 1 039 000 am 11. Februar gestiegen. Nicht inbegriffen seien hierin etwa 600 000 Arbeiter, die eine systematische verflüchtete Arbeitslosigkeit haben. Unter den 1 039 000 Arbeitslosen befinden sich leider auch 368 000 Kriegsteilnehmer. Das Arbeitsministerium tue sein Möglichstes, um die britische Industrie wieder herzustellen.

London, 16. Februar. Das sozialistische Blatt Daily Herald berichtet, die Grubenbesitzer von England hätten sich entschlossen, Ansperrungen vorzunehmen, um die Löhne der Bergarbeiter dem Kohlenpreis entsprechend zu verringern.

Gegen die britische Kriegführung in Irland.

Paris, 17. Februar. Nach einer Londoner Hochmeldung hat De Valera an sämtliche Abgeordnete der Koalition Briefe gerichtet, die übereinstimmend folgenden Wortlaut haben: „Die in Irland durch Ihre Regierung verwendeten Truppen führen einen ungeduldeten Krieg gegen unser Volk. Sie führen diesen Krieg in einer Art und Weise, die allen Regeln des zivilisierten Krieges widerspricht. Das irische Volk erkennt die Autorität und die Gerechtigkeit Englands an. Sie und nicht Ihre Truppen sind es, die in erster Linie die Verantwortung tragen.“

Die Haltung der englischen Eisenbahner.

London, 17. Februar. Der Vollzugsausschuß des nationalen Verbandes der Eisenbahner hielt gestern eine Sitzung ab, um über die Antwort Lord Georges auf die Forderung nach einer Untersuchung der Sicherheit von Mallow zu beraten. Nach der Sitzung, auf der beschlossen wurde, die weitere Entwicklung dieser Frage im Unterhause abzuwarten, bevor man über die zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß faßt, erklärte der Arbeiterführer Cramp, die von Lord George vorgeschlagene Untersuchung des Vorfalles durch die Militärbehörde sei unannehmbar. Der Parlamentsausschuß des Generalstreiktagunges hat auf seiner gestern in London abgehaltenen Sitzung eine scharfe Entschiedenheit an Lord George und den Staatssekretär von Irland abgegeben, in der eine öffentliche Untersuchung des Vorfalles von Mallow gefordert wird. Heute wird eine gemeinsame Konferenz zur weiteren Beratung der Angelegenheit stattfinden, an der der Parlamentsausschuß der Arbeiterpartei und die parlamentarische Arbeiterpartei teilnehmen werden.

Neue Opfer.

London, 16. Februar. Nach einer amtlichen Dubliner Meldung sind im Verlaufe des Kampfes vom 15. Februar bei Mourneabbey 3 Sinnfeiner getötet und acht andre, darunter 3 Verwundete, gefangen genommen worden. Andre Sinnfeiner, die man fallen sah, wurden von ihren Kameraden mitgenommen. Die Truppen hatten keine Verluste.

Paris, 18. Februar. Wie Havas aus Dublin meldet, befinden sich gegenwärtig 22 irische Abgeordnete des englischen Parlamentes in Haft.

Eine Abjage der Komunisten an den Bolschewismus.

Konstantinopel, 17. Februar. (L. B.) Die offizielle Zeitung von Konya veröffentlicht folgende Erklärung Mustafa Kemal

Vassas: „Unsere Beziehungen zu Moskau haben fast sehr freundliche zu sein. Das will jedoch nicht sagen, daß wir die Prinzipien der Kommunismus annehmen, denn die sozialen Bedingungen der Türkei gestatten ihre Durchföhrung nicht. Die kommunistischen Parteien, die sich bei uns gebildet haben, haben das eingesehen und ihre Tätigkeit eingestellt. Unsere Beziehungen zu Moskau gehen auf die Beibehaltung guter Nachbarschaft aus. Wenn wir an der Londoner Konferenz teilnehmen, so kann keine Rede davon sein, daß dadurch unsere Beziehungen zu Moskau beeinträchtigt werden.“

In Moskau wird man von diesem „Erfolg“ der bolschewistischen Propaganda in der Türkei gewiß nicht erbaunt sein.

Einspruch gegen Uebergriffe einer Ententekommission.

W. Berlin, 17. Februar. Eine neue Marinekontrollkommission in Stettin hat, wie die W. B. N. hören, den unerhörten Anspruch erhoben, auf allen ausfahrenden Schiffen nicht weniger als 40 bis 50 Prozent der Ladung nach eigenem Ermessen zu untersuchen. Gegen dieses Vorgehen, das im Friedensvertrag keine Stütze findet, hat die deutsche Regierung Einspruch erhoben.

Stettin, 18. Februar. Die Ententekommission, die ausschließlich aus Engländern besteht, setzt die Untersuchung der nach dem Osten fahrenden Dampfer ohne Rücksicht auf die Zolluntersuchung fort. Die Kommission erkennt die amtlichen Zolldeklarationen nicht an. Sie verlangt, daß ihr in Zukunft ein Verzeichnis über künstliche ein- und auslaufende Schiffe geliefert wird.

Polnisch-rumänisches Militärbündnis.

Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Warschau wird gemeldet: Der polnische Außenminister will sich nach Bukarest begeben, um das polnisch-rumänische Militärbündnis zu unterzeichnen, das im vergangenen Monat vom General Haller und dem rumänischen Generalstab abgeschlossen wurde. Das Bündnis soll wirtschaftlich und militärisch eine gemeinsame Verteidigung darstellen. Die Tagespost warnt hat es abgelehnt, sich diesem Bündnis anzuschließen.

Eine neue Schwächung der polnischen Regierungskoalition.

O. E. Warschau, 18. Februar. Der polnische Minister für Landwirtschaft und Domänen Boniatowski hat seine Demission eingereicht. Boniatowski gehört zu der bürgerlich radikalen 23-Deputierte umfassenden Gruppe „Byzopolanie“, die nach dem Namen ihres Führers auch die „Lugut-Gruppe“ genannt wird. Sein Austritt aus dem Kabinett ist auf Grund eines Beschlusses seiner Gruppe erfolgt, und bedeutet den Austritt der Gruppe aus der Regierungskoalition. Den Anlaß bilden Differenzen in der Senatfrage. Die Lugut-Gruppe hatte einen erbitterten Kampf gegen das Zweifammersystem geführt. Nachdem die Einführung des Senats auf Grund eines Kompromisses der Regierung und der Rechtsparteien grundsätzlich beschlossen worden war, hatten die Lugutianer ihre Teilnahme an der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen der Verfassung bei der zweiten Lesung verweigert und auf diese Weise den Sieg der Rechten ermöglicht. In seinem Demissionsgesuch bekräftigt Boniatowski seinen Austritt aus dem Koalitionskabinett dadurch, daß nunmehr nach Ueberwindung der äußeren Gefahr bei den Aufgaben des inneren Aufbaus, erzielte die Regierungstätigkeit nur auf Grund eines einheitlichen Programms möglich ist. In seinem Antwortschreiben bemerkt Witos, daß die schwierigen Probleme der Außenpolitik noch keineswegs gelöst seien und die Koalitionspolitik praktisch die einzig mögliche sei. Das legt darauf schließen, daß die Regierung Witos trotz der neuen Verringerung ihrer Koalition abzuwehnen, ähnlich wie nach dem Austritt Dorosynski, weiter im Amt zu bleiben gedenkt.

Für eine selbständige australische Republik.

London, 16. Februar. (L. B.) Nach Meldungen aus Australien beantragt die australische Arbeiterpartei die Proklamation Australiens von britischen Königtum durch Proklamierung einer australischen Republik. Die Antragsteller fordern sogar, man solle den Gedanken zum grundlegenden Programm der Partei machen. Nach einem Telegramm aus Melbourne soll jedoch der Antrag bei der großen Mehrheit der australischen Bevölkerung starke Unzufriedenheit verursachen.

Deutschland.

Ein „nationaler Trauertag“.

Die Regierungsparteien des Reichstages hatten vor einiger Zeit die Reichsregierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfes ersucht, durch den ein nationaler Trauertag für die Opfer des Krieges eingeföhrt wird. Die Reichsregierung hat nun dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, in dem Sonntag, der 6. März 1921, zum allgemeinen Trauertag erklärt wird. Der Gesetzentwurf bezieht sich nur auf dieses Jahr und behält die Frage der dauernden Einführung eines nationalen Trauertages weiteren Erwägungen vor.

Wir meinen, daß die Regierung wirklich allen Anlaß hätte, sich mit wichtigeren Dingen zu beschäftigen. Bei den Millionen, denen der Krieg so unheilbar schwere Wunden geschlagen hat, wird die Trauer um die Kriegsoffer dauernd sein, ohne daß man Trauertaggebungen für einen bestimmten Tag vorschreibt. Auf das vergnügungslüchtige Publikum aber wird man auch durch Festlegung eines offiziellen Trauertages keinen Einfluß ausüben können. Im übrigen ist der Vorschlag des Vorwärters nicht über, der besagt, daß man, wenn schon durchaus ein Trauertag eingeföhrt werden soll, den 1. August, den Tag des Kriegesbeginnes, zum Trauertag machen soll.

Von Nah und Fern.

Verhaftung eines internationalen Millionenwindlers. Der langgesuchte internationale armenische Millionenwindler de Parnas ist bei einer Razzia in sämtlichen Hamburger Hotels in einem der vornehmsten Hotels ergriffen worden. Die Hauptpläne seiner Tätigkeit waren bisher Paris und Berlin. Bei seiner Ergreifung hatte er für 2 Millionen Frank Schmuckstücke bei sich. In Berlin hatte er einen großzügigen Anwandererschwindel in Szene gesetzt, aus dem ihm sehr namhafte Summen zugeflossen waren.

Cholera und Pest in Dalmatien.

Offiziellen Meldungen zufolge ist in Cattaro und an anderen Orten der dalmatinischen Küste die Cholera und die Subonenpest ausgebrochen.

Die Schlafkrankheit in London.

London, 17. Februar. Hier wurden in der letzten Woche 22 Fälle von Schlafkrankheit, in der vorigen Woche 29 Fälle festgestellt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleischer in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Weller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Marke 'Neptun'

Außergewöhnl. preiswertes Angebot in Schuhwaren
solange der Vorrat reicht.

Damen-Hochschaff-Stiefel
95.50 110.50 125.50

Herren-Stiefel braun und schwarz, moderne Form	249.50 225.- 198.50 185.50	125.50
Damen-Stiefel	145.50 125.50	105.50
Damen-Stiefel Hochschaff schwarz, elegante Form	175.50 165.50	145.50
Damen-Stiefel Hochschaff schwarz und farbig Goodyear Welt	165.50 175.50	165.50
Damen-Halbschuhe moderne Form	110.50 75.50	79.50
Damen-Spangen-Schuhe	72.50	62.50
Gesellschafts-Schuhe in Samt und Seide . . .		63.50
Weiße Leinenschuhe		48.50
Weiße Kinder-Stiefel 22/26		36.50
Hauschuhe mollig warm	15.50 12.50 10.50 9.50 7.50	5.50
Kamelhaar-Schuhe	29.50 21.50	14.75
Strümpfe schwarz, braun, weiß, grau		13.75
Socken	8.50	7.50
Verstellbare Leisten		5.50

Schuhhaus Neptun G. m. b. H.
Hainstraße 20/24 Windmühlenstraße 31.

Billige Anzüge

für die minderbemittelte Bevölkerung.

Anzüge Qualität A, B, C, D werden an Wiederverkäufer und Hausierer nicht abgegeben, sondern nur an persönlich erscheinende Käufer.

Die Stoffe zu den Anzügen Qualität A und C sind vom Reichskleiderlager Leipzig geliefert und zeichnen sich durch große Haltbarkeit aus. Bei Stoffen Qualität B und D, die freihändig ab Fabrik bezogen wurden, ist neben Haltbarkeit auch geschmackvolle Ausmusterung berücksichtigt. Die Anzüge sind mit guten Friedenszutaten versehen und ganz gefüttert. Sie sind in bester Verarbeitung in meinem eigenen Berliner Großbetrieb hergestellt. Schnitt, Sitz und Paßform meines Fabrikates sind als mustergültig bekannt.

	A	B	C	D
Herren-Anzug moderne glatte Form	300	320	330	380
Herren-Anzug Sportform, Umschlag-Hose	315	335	345	395
Burschen-Anzug Oberweite 73-85, Sportform, Umschlag-Hose . . .	285	300	315	345
Konfirmanden-Anzug Oberweite 70-75, Sportform, Umschlag-Hose . . .	260	270	285	320
Jünglings-Anzug, Sacco gefüttert Hochgeschlossene Sportform, Knie-Hose,	195	210	220	260

Anzüge aus hochwertigen Stoffen in neuester Ausmusterung Mk. **450 bis 790.-**

Reichsanzüge ohne Bezugschein Mk. **180.- 184.- 245.-**

Friedrich Treumann

Roßplatz 1 LEIPZIG Roßplatz 1

Billige Korsetts Welt kein Laden, große Auswahl! Anfertigung auch nach Maß, von meinen oder auch zugegebenen Stoffen. Heinrichs, Leipzig-Schleußig, Könnertstr. 15. **Prima gertuch. Speck 13 Mk.** Chr. Müller, Kirchstraße 48.

⚒ Sächsischer Brikett-Verkaufsgesellschaft ⚒

Sermann Max & Co.

Telephon 11156

Georgiring 3

Telephon 11156

|| Koks — Briketts — Kohlen — Holz ||
für Hausbrand, Fabriken und Gewerbe

Unsere Niederlagen mit Anschlußgleisen und die direkte Werksverbindung bürgen für die prompte Belieferung der neuen Kohlenkarten!

Die Karten sind anzumelden:

Hauptkontor Georgiring 3, Telephon 11156.

Ferner in unseren Niederlagen:

Bayerischer Bahnhof, Löbniger Straße 13a, Tel. 31559. Eilenburger Bahnhof, Moststr. 16, Tel. 10937.

Stöttericher Bahnhof, Stöttericher Straße 111, Tel. 13694. Sellahausen, Bennigsenstraße 7, Tel. 10937.

Dresdner Bahnhof (Benno Grimm), Lauchaer Straße 41, Tel. 2749, Pächter: Paul Oswald Müller.

Plagwitzer Bahnhof, Elisabethallee 46, Telephon 40836, Pächter: Arthur Lehmann.

Schönefeld, Pögnersstraße 14, Telephon 5576, Pächter: Georg Fuchsloch.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Februar.

Parciangelegenheiten.

Reinhardt. Funktionärstung am Sonnabend, dem 19. Februar, abends 7/8 Uhr, im Restaurant Jona, Reihmstr. 13. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Ortsverein Leipzig-Entzsch. Wir erziehen alle Eltern der zu Ostern entlassenen Schulkinder der 11. und 12. Volksschule, die an der Jugend- und Lebensweise teilnehmen wollen, ihre Adresse beim Genossen Franz Bieweg, Schneefelder Straße 20, part., und beim Genossen Max Golze, Kabbachstraße 13, abzugeben.

Neue Kurse für die Arbeiterschaft!

Genosse G. Engelbert Graf, Gera, spricht an vier Abenden im Hörsaal d. Frauenhochschule, Königsstraße 20, über Die Entwicklungsgeschichte der Religion. Beginn Sonnabend, den 19. Februar, abends 6 Uhr. Fortsetzung Sonnabend, 28. Februar, 5. März, 12. März. Teilnehmerkarte 4 M.

Privatdozent Dr. Erbes spricht an sechs Abenden im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts, Talstraße, über Ursprung und Entwicklung der menschlichen Geisteskultur. Beginn voraussichtlich Dienstag, 1. März. Teilnehmerkarte 4 M.

Dr. Solowewitsch spricht an sechs Abenden im Gartenaal des Volkshauses über Hygiene des Alltags. Behandelt wird: Normalhygiene - Hygienische Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten - Geschlechtskrankheiten - Vererbung von Krankheiten - Das Merkblatt zum Aufgebot. Beginn voraussichtlich Dienstag, 1. März. Teilnehmerkarte 3 M. Arbeitslose haben zu allen Kursen gegen Vorzeigung ihres Ausweises freien Zutritt. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Kursus 15, Bilanzkunde. Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus (Gartenaal), 2. Vortrag. Arbeitsblätter werden ausgegeben.

Kursus 14, Gewerbehygiene. Montag, den 21. Februar, 2. Vortrag, Volkshaus (Gartenaal), abends 7 Uhr.

Die Finanznot der städtischen Theater.

Die Zuschüsse für die städtischen Theater sind dauernd gesunken. Von 500 000 M., die vor dem Kriege jährlich als Zuschuß für die Theater bewilligt wurden, sind die Fehlbeträge auf rund 4 Millionen im laufenden Etatsjahr gestiegen und für das kommende Etatsjahr sind wiederum rund 4 Millionen Defizit berechnet worden. Die Gesamteinnahmen der Theater berechnet der Rat für das kommende Jahr mit rund 12 1/2 Millionen Mark. Im Stadtverordnetenkollegium haben besonders die Unabhängigen immer wieder verlangt, der Zuschuß müsse vermindert werden, weil die Mittel der Steuerzahler zu wichtigeren Kulturausgaben gebraucht werden. Trotzdem sind die Ausgaben ständig gewachsen, ohne daß es gelungen wäre, die Einnahmen entsprechend zu steigern. Der Rat berechnet die Steigerung der Sachausgaben seit 1913 auf das Dreifache, dagegen seien die Personalausgaben um das Fehlfache gesunken. Um die Fehlbeträge herabzubringen, wurde versucht, den Betrieb im gewissen Umfang einzuschränken, oder richtiger gesagt, den Betrieb des Theaters mit vermindertem Personal weiterzuführen. Neben dem Stand des Personals gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Table with 3 columns: Personalstand Anfang des Jahres 1920, Personalstand Anfang des Jahres 1921, Personalstand Anfang des Jahres 1922. Rows include Soloperpersonal der Oper, Soloperpersonal des Schauspiels, Soloperpersonal der Operette, Stadtorchester, Operettenorchester, Chor, Oper, Chor, Operette, Tanzpersonal, Bühnenwarte, Vorsängerinnen, Beamte, Beleuchter, Technisches Bühnenpersonal, Gewandpersonal, Hauspersonal, Handwerker.

Es wird also bis zum Ende der gegenwärtigen Spielzeit gegenüber dem Personalstand vom Januar vorigen Jahres eine Verringerung um 88 Personen eingetreten sein. Außer diesem ständigen Personal sind weiter 17 sogenannte Abwandaushelfer nicht mehr beschäftigt worden, deren Kosten sich heute für das Jahr auf rund 100 000 M. stellen würden. Insgesamt würden, wenn diese genannten Einschränkungen im ständigen und nichtständigen Personal nicht vorgenommen worden wären, die Ausgaben im Jahr sich um über 1 1/2 Millionen Mark höher stellen.

Mit dieser Personalverminderung dürfte nach Ansicht des Rates die äußerste Grenze erreicht sein. Um den Fehlbetrag herabzubringen, hat der Rat beschlossen, vom 12. März 1921 ab die Tagespreise sowie vom 1. April 1921 ab auch die Antrittspreise im Neuen Theater um 40 vom Hundert, im Alten und Operetten-Theater um je 25 vom Hundert zu erhöhen. Der Rat berechnet die Mehreinnahmen aus dieser Preiserhöhung auf rund 2 Millionen Mark, so daß noch 2 Millionen Mark durch Zuschuß aus dem Stadtfiskus gedeckt werden müßten. Angesichts des gesunkenen Geldwertes hält der Rat den Zuschuß von 2 Millionen nicht für zu hoch, wenn nicht eine Verminderung des Zuschusses auf Kosten der Güte des von den städtischen Theatern bisher Gebotenen erreicht werden soll.

Ueber die Aufgaben der städtischen Theater

Schreibt der Rat den Stadtverordneten: Ein Herabsetzen unserer Theater auf eine niedrigere Stufe muß im Interesse der Volkskultur als sehr bedenklich erachtet werden. Der dann eintretende Zwang, überwiegend Werte spielen zu müssen, ungeachtet ob ihr Inhalt der Hebung der Volksbildung dient oder nicht, und gegebenenfalls auch noch mit unzulänglichen Kräften, würde zweifellos einen bedauerlichen Rückschritt bedeuten. Die Aufgabe der städtischen Theater muß es unseres Erachtens heute, wo infolge der Kriegsverhältnisse dem Theater neues Publikum in Massen zugeführt worden ist, mehr denn je sein, erzieherisch und bildungsfördernd zu wirken. Es gilt namentlich auch mit guter Kunst den Darbietungen von oft recht ansehnlichem Wert ein Gegengewicht zu bieten, die heute in den zahlreich emporgewachsenen Vergnügungsorten und vielfach in Lichtspielhäusern dem Publikum vorgeführt werden. Der Schaden für die Volkskultur, der eintreten würde, wenn die Stadttheater, um ihren Betrieb annähernd rentabel zu gestalten, überwiegend zu minderwertigen Darbietungen greifen müßten, würde nicht geringer sein,

wenn die Stadttheater etwa überhaupt geschlossen würden. Dürfte doch damit wahrscheinlich ein großer Teil der Theaterbesucher den Vergnügungsorten zugeführt werden, deren Veranstaltungen auf Erziehung- und Bildungswert, der guter Theaterkunst innewohnt, Anspruch nicht erheben. Zu bedenken wäre natürlich außerdem, daß im Falle der Schließung mehrere hundert Personen brotlos gemacht würden.

Theater als Lichtspielhäuser.

Dazu schreibt der Rat: Wir sehen uns ferner noch veranlaßt, die von verschiedenen Seiten gekommene Anregung zu beleuchten, wonach die städtischen Theater zur Vermehrung ihrer Einnahmen als Lichtspielhäuser ausgenutzt werden sollen. Wir haben uns hieszu nicht entschließen können. Der eine Gedanke wäre, die Räume der Theater an ein Lichtspielunternehmen oder auf eigene Rechnung darin Filmvorführungen zu veranstalten. Da natürlich nicht in Frage käme, die Aufführungen der Sprechbühne etwa durch Lichtspielvorführungen zu ersetzen, würden die Räume nur an den Nachmittagsstunden zur Verfügung stehen. Von dem gegenüber dem Besuch am Abend verhältnismäßig geringen Besuch von Lichtspielhäusern am Nachmittag würde sich jedoch das Unternehmen nicht erhalten können. Wenn nun gesagt worden ist, in den Nachmittagsstunden Vorführungen für Schulkinder zu veranstalten, so würde dies den Betrieb wirtschaftlich noch ungünstiger stellen, weil für die Schulen niedrigere Eintrittspreise gelten müßten. Erwägt sei ferner noch, daß die unerlässliche Durchlüftung und Reinigung der Theaterräume zwischen Kino-Nachmittag und Theaterabend sich kaum würde durchführen lassen. Ganz abgesehen werden soll noch davon, daß die Ausnahme des Kinobetriebes durch die städtischen Theater rein psychologisch zweifellos von einschränkender Wirkung auf den Besuch der Sprechbühne sein würde. Sollte statt einer Verpachtung die Stadt selbst die Lichtspielvorführungen betreiben, so würde es weiter noch eines erheblichen Betriebskapitales bedürfen, einmal für die erforderlichen Einrichtungen, sodann aber vor allem für die Miete, die heute für neue und zugkräftige Werke sehr kostspielig ist. Hinzu kommen noch die Schwierigkeiten, die bedeutenden und starken Besuch verhängenden Werke bei dem heutigen starken Wettbewerb auf dem Filmmarkt zu erlangen. Demnach dürfte der Gedanke, die Räume der städtischen Theater für Lichtspielzwecke zur Verfügung zu stellen, von der Stadt zu wesen sein.

Volls- und Vereinstorstellungen.

„Um aber auch denjenigen,“ so heißt es in der Ratsvorlage weiter, „deren finanzielle Leistungsfähigkeit die Eintrittspreise übersteigen, eine Möglichkeit zu bieten, die städtischen Theater zu besuchen, haben wir uns, seitdem die Eintrittspreise der städtischen Theater die großen Steigerungen erfahren haben, den Ausbau der Volls- und Vereinstorstellungen besonders angelegen sein lassen. Daß mit diesen geschlossenen Vorstellungen einem dringenden Bedürfnis entgegenzukommen wird, davon legt die ständig gemachene Zahl der Volls- und Vereinstellungen Zeugnis ab. So wurden bezw. werden noch in der laufenden Spielzeit als Volls- und Vereinstellungen im Neuen Theater 26 Opern, im Alten Theater 90 Schauspiele (34 nachmittags, 56 abends) und im Operetten-Theater 94 Operetten (54 nachmittags, 40 abends) veranstaltet. Diese sind von etwa 13 verschiedenen Vereinen (Bildungsvereine, Gewerkschaften, wirtschaftliche Vereinigungen usw.) belegt worden. Auf Opern sind die Volls- und Vereinstellungen erst mit dieser Spielzeit ausgedehnt worden. Ihre Zahl wird natürlich wegen der beschränkten Anzahl der außer Anrecht verbleibenden Opernvorstellungen immer hinter der für Volls- und Vereinstellungen im Schauspiel und in der Operette festzusetzenden Vorstellungen zurückbleiben müssen. Wenn die Eintrittspreiserhöhung sich in den von uns vorgeschlagenen Grenzen bewegt, glauben wir aber annehmen zu können, daß diese Erhöhung die beteiligten Kreise nicht dazu zwingen wird, die Volls- und Vereinstellungen etwa aufzugeben; die Veranstaltungen, mit denen die Volls- und Vereinstellungen abgedeckt werden, sind immerhin beträchtlich. Der Art der Vereinstellungen entsprechend werden die Preise verschieden bemessen und bei bester Abnahme von mehr als 10 Vorstellungen besonders ermäßigt. Sie bewegen sich für die Oper zwischen 20 und etwa 40 v. H. der Tagespreise, für das Schauspiel nachmittags zwischen 50 und etwa 65 v. H., abends 30 und etwa 50 v. H., für die Operette nachmittags betragen sie etwa 60, abends etwa 35 v. H. Beispielsweise konnte bisher das Arbeiterbildungsinstitut seine Plätze für die Oper in den Preislagen von 2 bis 8 M. ausgeben, für das Schauspiel nachmittags von 50 Pf. bis 2.50 M. und abends 60 Pf. bis 4 M., für die Operette von 1 M. bis 5.50 M. Nach der vorzunehmenden Preiserhöhung würden sich also diese Preise für die Oper um zwei Kränkel, für das Schauspiel und die Operette um ein Viertel erhöhen.“

Bei der finanziellen Lage der städtischen Theater sind die Stadtverordneten in der Zwangslage, der Preiserhöhung zustimmen zu müssen, wenn sie nicht aus dem Stadtfiskus 4 Millionen Mark Zuschuß bewilligen wollen. Aber selbst ein Zuschuß von 2 Millionen ist noch so hoch, daß erst abgewartet werden muß, welche Ausgaben von der Stadt auf anderen kulturellen Gebieten „erspart“ werden sollen, ehe fortlaufend solche Summen für das Theater bewilligt werden können.

Keine Geldhörung der Leipziger Frühjahrsmesse durch Streik.

Am alarmierenden Nachrichten entgegenzutreten, teilt uns das Leipziger Meßamt mit, daß nur auf wenigen Baustellen die Zimmerer für einige Stunden in den Ausstand getreten sind, der dann aber sofort beigelegt wurde. Die Bauarbeiten haben auf keiner Stelle eine vollständige Unterbrechung erfahren. Nur an zwei Baustellen schweben noch Differenzen.

Eindrucksvolle Demonstration der Leipziger Arbeitslosen.

In vier überfüllten Versammlungen nahmen heute früh die Arbeitslosen Stellung zu dem ablehnenden Bescheid der Reichsregierung auf ihre Forderungen und beschlossen, durch eine große Demonstration diesen Forderungen Nachdruck zu geben. In richtigen Scharen zogen sie auf die Straße. Vom Volkshaus allein setzten sich annähernd 1500 Personen in Bewegung. Als dieser Zug am Pleischerplatz wartete, um sich an den Hauptbahnhof anzuschließen, hatte dessen Spitze längst den Hauptbahnhof erreicht. Rote und schwarze Fahnen und zahlreiche Schilder wurden mitgetragen mit Aufschriften: „Wir wollen Arbeit und keine Almosen, gibt uns Brot und Kleidung für unsere Kinder!“ „Wir wollen Arbeit oder ausreichende Unterstützung!“ Mit grimmigem Humor wurde ein schwarzer Satz von vier Trägern mitgeführt, dem ein Plakat mit den Worten vorangetragen wurde: „Wir sind nicht gewillt, uns einfach begnügen zu lassen!“

Der gemaltige Zug, die bedeutendste Kundgebung, die die Leipziger Arbeitslosen bisher veranstaltet haben, zog um den Promenadenring vor das Rathaus, landete zum Oberbürgermeister und zum Amtshauptmann Deputationen, um nochmals die Forderungen der Arbeitslosen vorzutragen, und löste sich auf dem Reichsgerichtsplatz auf.

Die Deputation war bei der Amtshauptmannschaft und beim Rat der Stadt Leipzig. Mitgeteilt wurde, daß die Vertreter der Großstädte in den nächsten Tagen nach Dresden berufen werden

sollen. Die Großstädte werden auf ihren Forderungen bestehen, daß Sachsen als allgemeines Hochstammgebiet anerkannt wird. Stadtrat Bluth hat noch anerkannt, daß in Leipzig die Beihilfe unverzüglich ausgezahlt wird, wenn der sächsische Landtag sie am Dienstag beschließt.

Ein lebenswürdiger Hauswirt.

Es handelt sich in diesem Falle nicht um irgendeinen simplen Hausbesitzer, sondern um die Leipziger Allgemeine Zeitung, die dem Leipziger Tageblatt als Vermieter gegenübertritt und es als Mieter in einer recht unfairen Weise anfaßt. Das Tageblatt hatte geschrieben, es hätte von der Allgemeinen Zeitung keine Kenntnis, wenn es nicht von Zeit zu Zeit darauf aufmerksam gemacht werden würde, daß sie es anpöble. Darauf antwortet die Leipziger Allgemeine Zeitung ziemlich rüchloslos:

„Das Tageblatt, das bei uns zur Miete wohnt, hat von unsrer Existenz keine Kenntnis. Das Tageblatt, das nicht die Hälfte soviel Abonnenten hat wie die Leipziger Allgemeine Zeitung, weiß von uns nichts. . . . Wir glauben, es ist allerhöchste Zeit, daß das Tageblatt von seinem lächerlichen Größenwahn befreit wird. Um so mehr, als es durch diesen geschwollenen Ton und durch Verbreitung unwahrer Angaben über seine angebliche Bedeutung der Öffentlichkeit Sand in die Augen streut. Wir haben unwiderlegbare Beweise dafür, daß die gedruckte Auflage des Tageblatts (die noch lange nicht der Abonnentenzahl entspricht) wenig mehr als 17 000 ist. Trotzdem fordern sie von Firmen 20 000 Prospekte als Beleg und geben ihre Abonnentenzahl auf 30-35 000 an. Um sich nach außen hin den Anschein eines angesehenen Anzeigenorgans zu geben, nimmt das Tageblatt Inserate halb geschenkt auf, insbesondere solche von Geschäftshäusern und Familienanzeigen.“

Dem Leipziger Tageblatt werden da wenig angenehme Dinge nachgesagt. Ja, ja, wenn zwei sich streiten, und wenn es sich um einen faulen Mieter und Vermieter handelt. Dann zieht in der Regel der Mieter den kürzeren, weil der Vermieter auf Grund seines wirtschaftlichen Nachmittels, das ein Grundstück immerhin ist, glaubt, den Mieter so von oben herab behandeln zu können. Hoffentlich läßt sich das Leipziger Tageblatt das nicht gefallen. Es wird doch mindestens eine Protestversammlung der Mieter von Groß-Leipzig einberufen, wenn es nicht gleich einen Schritt weiter geht und die unverzügliche Entziehung der Grundbesitzer verlangt.

Die Kommunisten und die Arbeitslosen. Der Leipziger Arbeitslosenrat hatte für Donnerstag, 17. Februar, zu einer Konferenz nach dem Gewerkschaftshaus in Halle eingeladen. Auf der Tagesordnung stand unter anderem: Arbeitseinstellung und Entlohnung, Arbeitsvermittlung und Arbeitsverhältnis (Arbeitsmarkt, Wohnungsverhältnisse, Arbeitszeit). Den Zweck der Konferenz gab die Einladung wie folgt an:

„Die Konferenz soll eine Klärung der mitteldeutschen Arbeitseinstellung und der damit zusammenhängenden Fragen bringen; vertreten sind alle daran interessierten Stellen.“

Eingeladen waren die Arbeitsämter von Leipzig, Halle und Merseburg, außerdem die Betriebsräte größerer Werke, z. B. vom Leunawerke, sowie die Fraktion der USF. des sächsischen Landtags und die Kommunisten. Bezeichnend ist, daß die Arbeitsämter von Halle und Merseburg nicht vertreten waren. Aber auch die Kommunisten glänzten durch Abwesenheit. Trotz der so außerordentlich wichtigen Tagesordnung finden die Kommunisten also nicht die Zeit, einen Vertreter zu schicken, in der Öffentlichkeit aber gebärden sie sich als die einzigen wirklichen Vertreter der Arbeitsloseninteressen. Vielleicht sind die Kommunisten der Konferenz ferngeblieben, weil sie dort nicht hoffen konnten, die Arbeitslosenfrage zu einem Parteigeschäft zu machen. — Es soll versucht werden, in einer neuen Konferenz mit den Arbeitsämtern von Halle und Merseburg über die kritischen Fragen zu beraten.

Die Angaben des verhafteten Lokomotivführers. Nach dem schweren Eisenbahnunglück, das sich am 11. Februar auf dem Leipziger Hauptbahnhof ereignete, wurde der Lokomotivführer des verunglückten Zuges verhaftet. Die Leipziger Neuesten Nachrichten sind nun in der Lage, aus dem Untersuchungsverfahren über die Angaben zu berichten, die der verhaftete Lokomotivführer gemacht hat. Die Nachrichten lauten:

„Wie wir von besonderer Seite erfahren, gibt der in Haft genommene Lokomotivführer des Unglückszuges an, daß er sich zunächst geweigert habe, mit seiner schadhaften Lokomotive zu fahren und eine andere verlangt habe. Dieser seiner Bitte sei jedoch nicht entsprochen worden, vielmehr sei ihm noch eine zweite Lokomotive mitgegeben worden, die bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof dann nicht genügend gebremst worden sei und seine eigene Maschine nach vorn gedrückt habe.“

Wie kommt es, daß solche Mitteilungen aus dem Untersuchungsverfahren nicht der gesamten Presse übermitteln werden?

Mietstreitigkeiten. Am 14. d. M. erhielten, wie man uns schreibt, die Mieter des Grundstücks L.-Volkmarstraße, Lukasstraße 6, von ihrem Hauswirt, dem Bäckermeister Sparwald, ein Schreiben zugestellt, in dem sie aufgefordert werden, ab 1. Juli ganz enorme Mieterhöhungen zu zahlen. Die Beantwortung dieses Schreibens wurde bis 15. d. M. gefordert. Also kaum 24 Stunden Zeit wurde den Mietern gelassen, um über ihr Geschick nachzudenken. Dabei darf ohne Zustimmung des Mietniederlegungsamtes der Hauswirt die Mieten überhaupt nicht erhöhen. Die Mieter sollten in solchen Fällen stets das Mietniederlegungsamt anrufen. In diesem Falle soll eine arme Witfrau für ihre Dachwohnung, in der sie mit ihren beiden Kindern wohnt, 180 M. mehr zahlen! Sie genießt zwar den Vorzug, zwei Wasserleitungen zu besitzen, die eine befindet sich in der Küche, die andere nimmt ihren Weg durch das seit Jahren defekte Dach. Die andern Mieterhöhungen bewegen sich zwischen 140 und 60 M. Zugestanden, daß die Unterhaltungskosten bei manchem Hausbesitzer, der sein Haus in einem Zustand hält, daß Menschen drin wohnen können, der Zeit angemessen hohe sind; dieses trifft aber bei dem genannten Bäckermeister nicht zu. Das Grundstück befindet sich einem Prozeß des 3. z. 1. S. Teile des Fußes stehen an der Hoffassade. Käse bringt durch die bloßgelegten Steine, und die Mieter klagen über feuchte Wohnungen. An die Benutzung des Markthauses denkt kein Mieter mehr. Halbsverkaufte Kaninchenställe stehen im engen Hof. Außer dem Gestank genießt man den Tanz des Rattenvolkes.

Quittungsleistung über abgeführte Kapitalertragssteuer, Hypotheken- und sonstige Darlehensschuldner, ferner Personen, die vererbliche Renten auszusahlen haben, sind, wie uns das Finanzamt schreibt, verpflichtet, für Rechnung des Gläubigers 10 Prozent der Zinsen als Kapitalertragssteuer einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen. Weiter haben sie die ihnen von dem Finanzamt über die abgeführte Steuer erteilte Quittung an den Gläubiger zu übersenden. An dieser Überlieferung der Quittung hat der Gläubiger deshalb ein großes Interesse, weil er sich nur an der Hand der Quittung über die tatsächliche Entrichtung der Steuer, für die er neben dem Schuldner als Gesamtschuldner haftet, vergewissern kann. Zudem wird der Gläubiger die Quittung in den Fällen benötigen, in denen er nach § 44 des Einkommensteuergesetzes Anrechnung oder Erstattung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer beanspruchen will. Der Gläubiger hat nun die Möglichkeit, seine Rechte gegenüber dem mit der Überlieferung der Quittung säumigen Schuldner dadurch zu wahren, daß er bei dem für den Schuldner zuständigen Finanzamt beantragt, mit Ordnungsstrafen gegen diesen vorzugehen. Als Ordnungsstrafen können Geldstrafen bis zu 500 M. festgesetzt werden.

Brilliantausgabe für Erwerbslose! Alle Besteller, die Gutscheine in den Händen haben, müssen die Briefe wie folgt abholen: Selterhausen, Bennigsenstraße (Mach u. Co.); Eutrich, Freiladbahnhof Weis 21 (Werner), Sonnabend, 19. Februar, 9-4 Uhr; P. Lagwitz, Elisabethallee (Mach u. Co.), Sonnabend, 19. Februar, 11-4 Uhr. Sollten die Gutscheine diesen Tag nicht eingelöst werden, kann Beseitigung erst beim nächsten Eingang von Briefen erfolgen. Der Arbeitslojenrat.

Die Nachzügler bei der Kartenausgabe seien nochmals darauf hingewiesen, daß die Briefstellen nur noch am 19. u. 21. Februar abfertigen. Zur Vermeidung unnötiger Wege mögen deshalb die Nachzügler die Karten bestimmt an diesen Tagen abholen.

Der Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands (Ortsgruppe Groß-Leipzig) hält am Sonntag, dem 20. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus (Gartenaal) eine wichtige Mitgliederversammlung ab. Zu dieser Versammlung sind auch alle Berufsvertreter des Arbeitslojenrats, sowie die Vertreter der hier bestehenden Kriegsverletztenverbände eingeladen. Diejenigen Kriegsverletzten, die dem Verbande noch beitreten wollen, können sich in der Versammlung als Mitglieder aufnehmen lassen und haben Zutritt.

In dem Sprechkonzert am Sonntag in der Albertshalle singen das Erntelied nicht der Neue Leipziger Männerchor, sondern die Michailow-Männerchöre unter Scherchen mit Orchester. Arbeiterbildungsinstitut.

Kostlosverkauf. Hoffmann, Wächterstraße 20, morgen (Sonnabend), vormittags 9 Uhr: Verkauf von Gehacktem und Wurst.

Lebensmittelkatalog für Sonnabend, den 19. Februar.

Für Haushaltungen. Ausgabe, 43. Kartenausgabe; Nachzügler in den Bezirksartenstellen.

Kohlenarten für Gewerbe im Kohlenamt, Gartenstraße 3, II. Obergesch., 8-1 Uhr: Buchstaben Ko-Kz.

Auslandsschmelzfleisch für Schwerkrriegsbeschädigte: Schlusausgabe im Schlachthof, 9-12 Uhr.

Für Händler. Futter: Bezugsartenentnahme: Nr. 1001-2000 des Berechtigungsausweises und Ausgabe der Bezugskarten B 202.

Polizeinrichten.

Vermieth wird seit dem 3. d. M. das Dienstmädchen Klara Weitzer, 15 Jahre alt, L.-Vollmarsdorf, Eisenbahnstraße 20, wohnhaft. Es treibt sich aller Wahrscheinlichkeit nach in der Stadt umher. Bei seinem Betreffen übergebe man das Mädchen einem Auffichtsbeamten.

Reisen nach Polen, Danzig und dem Memelgebiet. Häufig kommt es vor, daß Reisende in Schneidemühl und an den andern Grenzübergangsstellen zurückgewiesen werden müssen, weil sie sich nicht mit den vorgeschriebenen Ausweisen zum Grenzübertritt versehen haben. Zur Reise nach diesen Ländern braucht jeder, sei er Deutscher oder Ausländer, einen Reisepaß mit Sichtvermerk der Polizeibehörde des Wohnortes. Die Pässe an Deutsche und alle Sichtvermerke werden in Leipzig von der Poststelle, Rudolfsstr. 2a, ausgegeben. Wer nach Polen oder Danzig reist, bedarf außerdem noch eines besonderen Sichtvermerkes des Polnischen Konsulates in Berlin, Kurfürststr. 133. Ebenso ist zur Reise nach dem Memelgebiete noch ein Sichtvermerk des Französischen Konsulates in Berlin, Matthäikirchstraße Nr. 16, notwendig. Zu Reisen nach Ostpreußen mit dem Korridorzug Berlin-Schneidemühl-Marienburg-Königsberg gibt die Poststelle Personalausweise mit abgestempeltem Lichtbildern aus.

Aus der Umgebung.

Holzhausen. Aus dem Gemeinderat. Die Aufstellung von Bauvorschriften für den Mühlbergischen Bebauungsplan, sowie die Ausarbeitung eines Ortsbauordnungsplanes wurden dem Bauausschuß überwiesen. — Die Gebühren für die Leichenfrau machen eine Erhöhung notwendig. Da zu dem Bezirk der Leichenfrau neben Holzhausen noch drei weitere Gemeinden gehören, beschloß das Kollegium, die Aufstellung einer Gebührenordnung den in Frage kommenden Gemeindevorständen mit je einem Gemeinderatsmitglied zu übertragen. — Als wissenschaftlicher Fleißbeschauer wurde Herr Dr. Brunner aus Liebertwolkwitz angelassen. Die Reklamationen zur Grundsteuer von Staatsanwalt Lampe und Gutspächter Hausbold wurden als nicht begründet abgelehnt. Die Gewerkschaft hat an den Gemeinderat ein Gesuch gerichtet, in dem sie die Erneuerung des hiesigen Schumanns Käthe zum Wahlmeister wünscht. Hierzu fand eine längere Debatte statt, weil sich bei der evtl. Verlegung die Eintragung in Gruppe 4 der Bevölkerungsordnung notwendig macht. Da der Schumann in seiner Eigenschaft auch als Vollstreckungsbeamter tätig ist, hat er rechtlichen Anspruch auf Eintragung in Gehaltsgruppe 4. Mit den 8 sog. Stimmen und der Stimme des Gemeindevorstandes wurde dem Gesuch gegen die 4 übrigen Stimmen zugestimmt. Ferner brachte der Gemeindevorstand eine amtschauptmannschaftliche Verfügung zur Kenntnis, nach welcher die für den Ort bestimmten Kohlenbezugspreise zu gleichen Teilen an die Händler Grubme und Hönig zu vergeben sind. — Vom Arbeitslojenrat sind mehrere Anträge an den Gemeinderat gerichtet. Das Kollegium beschloß zu Antrag 1, den Erwerbslosen Sitz und Stimme im Erwerbslojenrat für die Ausübung zu gewähren. An Stelle des bisherigen Rats, Schlegel, welcher freiwillig ausscheidet, wurde der Erwerbslose Otto Beschlein gewählt. Der Antrag II, betr. die Kontrolle der Arbeitslosen, wurde zur Ausarbeitung dem Fürsorge-Ausschuß überwiesen. Antrag III, betr. Weihnachtshilfe, wurde durch den Arbeitslojenrat mit der Amtshauptmannschaft geteilt. Zur Antrag IV, die Verlegung von Detlosse B in Ostklasse A betr., gab der Gemeindevorstand bekannt, daß ein diesbezügliches Gesuch vom Arbeitslojenrat in Dresden abgelehnt worden ist. Gemeinschaftlich mit der Nachbargemeinde Zuckershausen richtete der Gemeinderat erneut ein Gesuch mit neuer Begründung an die Amtshauptmannschaft um Verlegung in Ostklasse A. Zur Beschaffung von billigen Lebensmitteln und Kohlen an Arbeitslose wird der Gemeindevorstand geeignete Schritte unternehmen. — Von dem in Aussicht genommenen Wohnungsbau soll in Anbetracht der ungünstigen Verhältnisse vorläufig abgesehen werden. — Weiter brachte der Gemeindevorstand noch zur Kenntnis, daß an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Liebertsch aus dem Elektrizitätsverband im hiesigen Bezirk der Dreher Emil Bedac gewählt wurde. Hierauf folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Liebertwolkwitz. Um einen Feldzug gegen den hiesigen Ortsverein und gegen die Gemeindevorsteher der U. S. P. einzuleiten, hatte die Ortsgruppe der kommunistischen Partei eine öffentliche Wohnerverammlung mit dem Thema: Steuer- und Gemeindefragen einberufen. Referent war der ehemalige U. S. P.-Mann und jetzige Kommunist Burtz-Weusch. Eingangs seiner Ausführungen betonte der Referent, daß das Programm der Kommunisten von ihren parlamentarischen Vertretern lediglich Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und deren Vertretern im Parlament fordert; praktische Mitarbeit ist jedwels überflüssig. Auf die Tätigkeit der Gemeindevorsteher eingehend, mußte der Redner zeigen, daß die Gemeindevorsteher der U. S. P. im Orte eine Tätigkeit entfalten haben, die anerkennenswert ist. (Jedenfalls weiß weitergehend, als die im kommunistischen Programm geforderte.) Gut kommunistisch war der Standpunkt, daß, wenn keine geeigneten Leute im Sinne des Redners vorhanden sind, die Macht im Gemeinderat lieber dem Bürgerturn zu überlassen sei, eine Auffassung, die in unserem Orte jedenfalls kein Verständnis finden wird. Gemeindevorsteher, die es wagen, einmal selbständig und anders zu handeln, als die Oberführer der kommunistischen Partei, sind sofort zurückzugehen. Jeder hat unbedingt Order zu parieren,

die unter Umständen von Instanzen ausgegeben wird, die über die Vorgänge wohl niemals in Bilde sein können, wie es die Verhältnisse und Tagesfragen in der Gemeinde erfordern. Zu den tatsächlichen Fragen übergehend, wurde von Herrn Burtz der Grundgedanke aufgestellt, die Gemeindepolitik muß unabhängig von der Reichs- und Landespolitik geführt werden. Was darunter zu verstehen ist, blieb kommunistisches Geheimnis. Die finanziellen Mängel der Gemeinden beleuchtend, forderte der Referent, daß einzig das Reich für alle Schulden und Kosten der Gemeinde aufzukommen hat. Theoretisch sehr schön gefaßt, aber praktisch wenigstens für längere Zeit undurchführbar. Wie die Gemeinde während dieser Zeit ihren Haushalt bestreiten soll, das zu sagen hatte der Referent vergessen. In der Diskussion wiesen mehrere Gemeindevorsteher die ungenüchertigsten Angriffe des Redners scharf zurück, vor allen Dingen mit dem Hinweis, daß Liebertwolkwitz eine reine Arbeiterwohngemeinde ist und aus diesem Grunde sich auch die Steuerpolitik erklären läßt. Von den Besitzenden, die nicht vorhanden sind, können auch Kommunisten keine Steuern erheben. Jeder Wähler in der Gemeinde hat deshalb die dringende Pflicht, bei zukünftigen Wahlen die Kandidaten nicht nach ihren großen Worten, sondern nach Taten zu beurteilen.

w. Seehausen. Soziale Gestaltung, Taktik, Nationalgefühl, Vaterlandsliebe, Abkehr vom Materialismus, Hinwendung zum Christentum — und ähnliches mehr hatte Herr Studentent Dr. Thiemer-Weipala gelegentlich einer Gedächtnisfeier zum Jubiläum der Reichsgründung unseren Einwohnern in Seehausen euphorisch, damit die Fehler in unserem Volkstum, welche das deutsche Volk in den Augen geküßert haben, beseitigt werden und unter „Hebes deutsches Nationalgefühl“ wieder emporgeführt werden könne. Mit solchen Reden glauben die Herren Parteiführer und ihr Anhang die hiesige Arbeiterklasse belohnen zu können. Leider hat sich ein Teil der Arbeiterklasse hiervon einlassen lassen, wie eine von dem Ortsverein Liebertsch der U.S.P. in Seehausen einberufene Wohnerverammlung uns vor Augen geführt hat. Man hat es verstanden, mit allerlei Reden die Arbeiterklasse gegenwärtig auszuwickeln, Unmühseligkeit in ihre Reihen hineinzutragen. — Da und in Hand mit einer „kommunistischen Zelle“ — welche auch hier ihre Zerstückelungstätigkeit beginnt — war es ihnen gelungen, den Ortsverein Seehausen der U.S.P. auseinanderzureißen. Aber die Freunde der Agrarier hierüber hat nicht allzulange gedauert. Das Ergebnis der Wohnerverammlung war die Neugründung einer Ortsgruppe unserer Partei und Aufnahme neuer Mitglieder und Gewinnung von Abontenen für die Leipziger Volkszeitung. Auch die Kommunisten halten es sich nicht verdrießen lassen, von den umliegenden Ortschaften zu erheben, um mit den üblichen Phrasen und Lügen für ihren Kommunismus zu propagieren. Gegenüber den überzeugenden Ausführungen einiger unserer Genossen zogen sie es aber doch vor, die Dinge ihren Lauf gehen zu lassen. Welche trostlose Zustände in unserm Orte herrschen, dafür zeugen eine Reihe Beispiele, welche die Arbeiterklasse klagen gegen die Bauern und die Unterebenen erheben. Geradezu unglücklich ist es, daß Mieter in Wohnungen hängen müssen, die seit Jahren nicht renoviert und vollständig verfallen sind. Der Rat der Stadt Leipzig ist auch Besitzer eines solchen Grundstücks, und man muß sich nur wundern, daß das Grundstück hier nicht schon längst eingekauft hat. Der Wächter dieses Hauses ist ein kleiner Gutsherrlicher Läufer. Von den Wänden in den Wohnungen ist der Putz abgefallen und neben den Fenstern sind Löcher in den Wänden, das man mit der Hand hindurchfahren kann. Unter Laub und Drogenen verfaulen die Wälder, die Mieter einzuschüttern, damit sie von ihren mehrerhaltenen Müllhaufen und Forderungen auf Abhilfe endlich doch absehen müssen, oder man lehnt glatt jede Reparatur ab. Der Wächter soll laut Vertrag zur Renovierung verpflichtet sein, erklärt aber seinen Mietern: „Wenn Sie mich zwingen wollen, die Reparaturen ausführen zu lassen, kündige ich Ihnen einfach die Wohnung.“ — Sie müssen dann die doppelte Miete zahlen. — Die drei Arbeitervertreter (?) im Dorparlament hat man soweit umgibt, daß diese nicht wagen, ihren Wählern Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu geben. Die Gemeindefeststellungen öffentlich abzuhalten, hat die reaktionäre Mehrheit wohlweislich abgelehnt. — So herrschen hier im Dörfchen Seehausen Zustände, wie sie sich die Herren Landbesitzer wünschen, und die Bevölkerung ist hiergegen zum größten Teil aus Unkenntnis machtlos. Aber die Entwürdigung wird auch hierüber hinweggehen und die neue Ortsgruppe der U.S.P. wird es sich zur Aufgabe machen, in diese irdischen Zustände ganz gehörig hineinzuführen. Befinne sich jeder Arbeiter und Arbeiterin auf seine menschlichen Rechte. Heraus aus dem hässlichen Klotz, wie Säurebrot, um, welche unter dem Deckmantel der Neutralität Euch von Euren Freiheitsgenossen absetzen wollen. Sämtliche jeder Klasse bewachte Propaganda der wirklichen revolutionären Partei, der U.S.P. in Seehausen an, damit auch hier mit dem Gesamtproletariat dazu beitragen könnt, dem großen Ziele der Bekehrung der ganzen Menschheit aus der Knechtschaft des Kapitalismus endlich näher zu kommen.

Dölsig. Einen schönen Erfolg haben die U. S. P. Genossen in Dölsig zu verzeichnen. Dort war der ganze Ortsverein unter Führung des Militärkapitales Paul Darnitz zu den Neukommunisten übergetreten. Nach langer ruhiger Arbeit gelang es am Freitag, den 11. Februar, eine Zusammenkunft aller noch auf dem Boden der U. S. P. stehenden Arbeiter zu veranstalten. Die Veranstaltung war gut besucht. In den dort ausgelegten Listen erklärten 47 Genossen und Genossinnen wieder ihren Beitritt zur U. S. P. D. Als Vorsitzender der neuen Organisation wurde der Genosse Albert Wälscher, als Kassierer der Genosse Otto Vogel gewählt. Die sofort aufgenommene Agitation für den Ortsverein brachte schon am Sonntagabend ein weiteres erfreuliches Bild. Zu den 47 Mitgliedern kamen 28 neue hinzu. Wir fordern auch hierdurch alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Dölsig an, sich mit uns in der U. S. P. D. „als derjenigen sozialistischen Partei, die mit klarem und selbstbewusstem Klassenkampfprogramm, die in jeder Hinsicht die Interessen der Arbeiterklasse vertritt“ zusammenzuschließen. Weitere Anmeldungen werden jederzeit durch obige Genossen entgegengenommen.

Auf zu neuer Arbeit für die Partei!

u. Eisenburg. Zur Freuenwahl! Die Landtags-, Provinzial-Landtags- und Kreiswahl finden am Sonntag, dem 20. Februar 1921 von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt. Eisenburg ist in neun Wahlbezirke eingeteilt. Die einzelnen Wahlbezirke umfassen folgende Straßen bzw. Häuser:

1. Wahlbezirk: Wahllokal: Turmhalle der Oststraße, Dübener Straße 17, Bartholomäusau, Brückenstraße, Gollmeyer Straße, Dübener Landstraße, Dübener Platz, Dübener Straße, Kilschauer Straße, Kilschauer Straße, Schillerstraße, Torauer Landstraße, Hertrage, Windmühlentrage, Wurmer Landstraße, Wurmer Straße und Hegelstraße.
 2. Wahlbezirk: Wahllokal: Turnhalle des Realgymnasiums, Südring 9, Jaltensaustraße, Friedhofstraße, Georgenstraße, Dölsigstraße, Jakobstraße, Wartenstraße, Kleine Wartenstraße, Möbischstraße, Nordring 1-14, Nordring 42-55, Torauer Straße.
 3. Wahlbezirk: Wahllokal: Turnhalle der Mittelschule, Dorotheenstraße, Dorotheenstraße, Friedrichstraße, Wartenstraße, Große Wartenstraße, Mühlentrage, Nordring 15-41, Wilhelmstraße, Markt, Nikolaiplatz.
 4. Wahlbezirk: Wahllokal: Deutscher Hof, Eckardstraße, Leipziger Straße, Kollentrage, Mühlplatz, Gartenstraße, Wallstraße, Mühlstraße, Augustusplatz, Sickerweg.
 5. Wahlbezirk: Wahllokal: Turnhalle der Stadtschule, Südring 8, Bellianstraße, Trete Straße, Karlstraße, Kornmarkt, Schillerstraße, Steiertgasse, Steinstraße.
 6. Wahlbezirk: Wahllokal: Seminarturnhalle, Bismarckstraße, Bülowstraße, Robertstraße, Semauellsdamm, Südring, Schrederstraße.
 7. Wahlbezirk: Wahllokal: Schützenhaus-Bezand, Bahnhofsstraße, Kranoldstraße, Schützenstraße, Kaserne, Stadtpark, Sadowstraße, Bahnhofs, Rinkarstraße.
 8. Wahlbezirk: Wahllokal: Turnhalle der Bergschule, Bergstraße 1-40, Denenstraße, Feldweg, Franz Hofstraße, Judenberg, Funkenweg, Kirschenweg, Gelbweg, Wilhelm Grunstraße, Dölsigstraße, Bomberg, Marienstraße, Ködgenstraße, Schloßbau, Schloßberg, Straße am Ehrenfriedhof.
 9. Wahlbezirk: Wahllokal: Turnhalle im Tinoll, Bergstraße 41-85, Verbindestraße, Klänschstraße, Grabenweg, Grenzstraße, Dölsigstraße, Kellersstraße, Mansberg, Mittelstraße, Leipziger Höhe, Leipziger Landstraße, Teichstraße, Weinbergstraße.
- Das Wahlbureau der Unabhängigen Sozialdemokratie befindet sich am Wahltag in der Quelle, Telephon Nr. 147. Am Abend werden die eingelaufenen Resultate dort bekanntgegeben. Die Genossen im Dölsiger Kreise sowie im hiesigen Bezirk werden gebeten, uns alle Resultate unter Eisenburg, Telephon Nr. 147, zu übermitteln. Ebenso mögen die Wahlhelfer bei Anträgen und Bemerkungen sich Eisenburg, Telephon Nr. 147, bedienen.

Und nun ans Werk, Genossen! Die Wahlen sind erledigt mühevoll und aufregende Tage liegen hinter uns. Rönt das Wert, indem Ihr alle am Wahltag noch einmal alle Kraft einsetzt. Laßt Euch nicht durch unklare Propagandabronnen betören, vorläufig brauchen wir noch das Parlament als ein Mittel an unsern Ziele. Wir können aber nur dann dort Einfluß ausüben, wenn eine große Zahl unierer Kandidaten als gewählte Vertreter aus dem Wahlkampf hervorgeht. Alle sogenannten Volksparteien, gleichviel, welche Namen sie sich noch geben, vertreten nur Kapitalisteninteressen auf Kosten der wertvollen Bevölkerung. Die Interessen des gesamten wertvollen Volkes vertritt nur allein die Unabhängige Sozialdemokratie.

Sächsische Angelegenheiten.

Kommunistische „Kampf“-methoden.

Von der Chemnitzer Schwindelzentrale.

Der Kämpfer, das Blatt der Chemnitzer Kommunisten, brachte in seiner Nummer 30 vom 5. Februar unter der Ueberschrift: „Die sozialistische Regierung liefert der Konterrevolution Waffen“, folgende niederträchtige Notiz:

Von besonders gutunterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Auf Anordnung der sächsischen Regierung werden die von den sächsischen Eisenbahnern anlässlich der Solidaritätsbewegung für Sowjetrußland im August 1920 beschlagnahmten Waffen, 3654 Gewehre, 2996 Seltengewehre, 1350 Säbel, 110 Revolver, 4 Pistolen Gewehr- und 1 Kiste Revolvermunition jetzt verladen und nach der Tschschow-Slowatski gebracht. Bei Befragungen der Regierung sandte der Eisenbahnbetriebsrat eine Abordnung zum Arbeitsminister Tadel und forderte das Verbot des Abtransportes. Der U.S.P.-Minister erklärte jedoch: wir können nichts machen, die Abordnung kommt von der Reichsregierung und wir sind nur die Strohmänner der Reichsregierung.

Die Stellung der sächsischen Regierung ist nicht nur lächerlich, sie ist erbärmlich. Nicht das geringste Rückgrat, in kriechender Varnenhaftigkeit versucht sie der konterrevolutionären Reichsregierung jeden Wunsch von den Augen abzusehen, damit sie ja nicht in Angnade bei der Bourgeoisie falle.

Es folgen dann noch eine ganz Reihe unfälliger Beschimpfungen der sozialistischen Regierung.

Die ganze Geschichte ist glatt erfunden. Der Arbeitsminister hat dem Wächter eine Berichtigung geschickt, mit der sich das Kommunistenblatt in der Nummer vom 12. Februar an sehr verdorben Stelle wie folgt abfindet:

In der im Kämpfer Nr. 30 vom 5. Februar d. J. erschienenen Notiz unter der Ueberschrift: Die „sozialistische“ Regierung liefert der Konterrevolution Waffen, sendet uns der sächsische Arbeitsminister Tadel eine Zuschrift, in der er erklärt, daß bei ihm eine Abordnung des Eisenbahnbetriebsrats niemals vorgesprochen und daß er die ihm zugeschriebenen Äußerungen niemals getan hat.

Wir haben uns mit unserem Gewährsmann in Verbindung gesetzt und behalten uns vor, eventuell auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Bis heute hat der „Gewährsmann“ nichts von sich hören lassen, und der Kämpfer wird sich weiter ausschweigen. Der Schwindel war so offenkundig, daß eine Zeitung überhaupt nicht darauf hin-einfallen durfte und konnte. Aber was verleiht das der Redaktion des Kämpfers. Diese Gesellschaft, deren Hohlheit und Unfähigkeit immer offenkundiger wird, sieht ja seit langem ihre einzige Aufgabe darin, die Arbeiterbewegung durch elende Verleumdung und wüste Beschimpfung der sozialistischen Parteien irrezuführen und zu lähmen. Für sie gilt, was einst dem Zentrum nachgesagt wurde: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

Der Finanzhaushalt des Staates.

Sinkende Einnahmen — erhöhte Ausgaben.

Die finanzielle Zerrüttung in Staat und Gemeinden wächst von Tag zu Tag. Die Einnahmen sinken, während gleichzeitig die Ausgaben steigen. Fast täglich erwachen neue Aufgaben, die hohe Kosten verursachen, für die keine Deckung vorhanden ist. Selbst die dringendsten Kulturaufgaben sind gefährdet. Die Folgen der verheerenden Kriegspolitik der bürgerlichen Parteien und der kapitalistischen Mikrowirtschaft wirken sich immer verheerlicher auf Kosten der Allgemeinheit, vor allem aber der Arbeiterklasse, aus. Schon von der Volksammer ist im Prinzip die Uebernahme der persönlichen Einkommensteuer auf den Staat beschlossen worden. In einer definitiven Regelung ist es noch nicht gelungen, da noch keine endgültige Lösung der Frage gefunden worden ist, wie die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Gemeinden getroffen werden soll. Aus Dresden wird jetzt mitgeteilt, daß die Uebernahme der persönlichen Einkommensteuer auf den Staat in Sachsen Mehrausgaben von etwa 333 Millionen Mark jährlich verursachen. Infolgedessen wird wahrscheinlich eine Verringerung des Anteils der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer in Erwägung gezogen werden. Aber auch sonst stehen dem sächsischen Staat neue große Ausgaben bevor. So durch die geplante Verstaatlichung der Polizei und durch die teilweise Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosenunterstützung.

Auf der anderen Seite werden die Einnahmen und Ueberschüsse immer geringer. Sachsen beansprucht aus Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer mindestens eine Milliarde Mark, aber darüber hinaus muß die Grundsteuer noch neu reformiert und eine Gewerbesteuer neu eingeführt werden. Eine durchgreifende Sanierung ist aber davon keineswegs zu erwarten, denn ein erheblicher Teil dieser Steuern wird in die Taschen der Gemeinden fließen.

Die staatlichen Unternehmungen tragen immer weniger Ueberschüsse, zum Teil erfordern sie recht beträchtliche Zuschüsse. Bei der Reichner Porzellanmanufaktur ist nur ein Ueberschuß von 207 000 Mk. zu erwarten, während ursprünglich 788 000 Mk. berechnet worden waren. Beim Bad Ecker war ursprünglich ein Ueberschuß von 301 000 Mk. errechnet worden, er stellt sich aber auf 5 Millionen Mark. Die Staatstheater sollten ursprünglich 2,8 Millionen Mark Zuschuß erfordern, er wird aber mindestens 4,9 Millionen Mark betragen. Auch die Lotterie bringt 310 000 Mark weniger als ursprünglich veranschlagt.

Die Lage und die Aussichten für die sächsischen Staatsfinanzen sind also sehr trübe. Aber geradezu widerlich wirkt das Bestehen darüber in der bürgerlichen Presse. Sie und ihre politischen Hintermänner gehören zu denjenigen, die am Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens mitschuldig sind.

Sachsen fordert Erhöhung der Brotzation.

Sachsen wird auf der bevorstehenden Konferenz der deutschen Ernährungsminister in München eine Erhöhung der Brotzation fordern. Sachsen ist ferner grundsätzlich für Beibehaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Brotgetreideversorgung. Bei einer etwaigen Verringerung des Systems, die, wie erinnerlich, bereits auf der Dresdner Ernährungsministerkonferenz im Januar angelehnt wurde, fordert Sachsen, daß kein Getreide in den freien Handel gelange. Weizen soll das Getreide, das durch das geplante Umlageverfahren nicht erfasst wird, an eine bestimmte behördliche Stelle zum Marktpreis abgeteilt werden, der natürlich höher sein wird als der Preis für das Umlagegetreide. Bekanntlich steht außerdem eine neue Erhöhung der Brotgetreidepreise zu erwarten. Sie werden voraussichtlich den Vorschlägen der Interkommunalen entsprechen, die vor einiger Zeit veröffentlicht und — demontiert wurden. Es sind also Preise von 2080 Mk. für Roggen und 2250 Mk. für Weizen zu erwarten, mithin Steigerungen gegenüber dem jetzigen Preis um etwa 50 Prozent! Sollten diese Vorschläge auf der Münchner Konferenz angenommen werden, so wird Sachsen beantragen, daß auf keinen Fall der Brotpreis erhöht, vielmehr die Mehrkosten vom Reich übernommen werden. — Ferner kommt auf der Münchner Konferenz auch die Regelung der Kartellwirtschaft zur Verhandlung. Hierzu fordert Sachsen, daß

Maßnahmen getroffen werden, um eine Wiederholung der Anzucht zu vermeiden, die sich im vorigen Jahre gezeigt haben. Die sächsische Regierung denkt dabei vor allem daran, daß die Einfuhr ausländischer Kartoffeln unbedingt gesichert werden muß. Die Frage der Regelung der Kartoffelpreise selbst wird in München noch offen bleiben, da man erst die Ernte übersehen will, ehe man sich an die Lösung dieser schwierigen Frage heranmacht.

Bericht über den sächsischen Kohlenmarkt.

Die Lage im sächsischen Steinkohlenbergbau im Januar 1923 stand noch unter den Einwirkungen des Dezemberstreiks; die Förderung hob sich auf 380 737 Tonnen (Steigerung gegenüber Januar 1920 um circa 20 Prozent), jedoch konnte der durch den Streik hervorgerufene Förderausfall noch nicht voll ausgeglichen werden. In der Hauptsache konnten wiederum nur die lebenswichtigen Betriebe beliefert werden. Für die weiteren Verbrauchskreise und den Hausbrand war die Abgabe unzulänglich.

Der Bahnverband im Januar 1921 betrug im Zwickauer, Pögnitz- und Dresdener Revier 273 329 Tonnen, der Landabfuhr 27 248 Tonnen = 300 577 Tonnen. Hiervon entfielen 28 085 Tonnen den Werken des Blauen Grundes.

Die Wagengefüllung war im allgemeinen ausreichend.

Bau einer Talsperrre bei Müdenberg i. A.

Für diesen Zweck ist im Nachtrag zum außerordentlichen Staatshaushaltsplan für 1920 die Summe von 500 000 Mk. als erster Teilbetrag eingestellt worden. Zur Beschäftigung zahlreicher Arbeitsloser im Vogtlande hat man im Herbst 1920 mit den Erdarbeiten für den Bau der Talsperrre begonnen. Dieser Bau entspricht zugleich einem volkswirtschaftlichen Bedürfnis. Die gesamten Kosten des Talsperrbaus belaufen sich auf rund 25 Millionen Mark. Ein Teil davon wird durch Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge gedeckt. Der eingestellte Betrag stellt einen Teil des auf das Land entfallenden Restbetrags dar.

Zur Frage der Wohnungsabgabe

wird von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitgeteilt: „In der Presse sind in letzter Zeit häufiger unrichtige Mitteilungen über die Frage einer Wohnungsabgabe (Mietsteuer) veröffentlicht worden. Deshalb sei die Sachlage im folgenden klargestellt: Die Reichsregierung hatte im Dezember 1920 dem Reichsrat den Entwurf eines Wohnungsabgabegesetzes vorgelegt. Dieser Entwurf fand nicht den Beifall des Reichsrats, der seinerseits einen andern Entwurf ausarbeitete. Beide Entwürfe wurden gleichzeitig im Januar dem Reichstag unterbreitet. Da ihre Prüfung längere Zeit beansprucht, andererseits sofort Mittel zur Hebung des Wohnungsabgabes benötigt werden, hat der Reichstag die Prüfung der Entwürfe einem Ausschuss übertragen und ein Regelgesetz beschloß, auf Grund dessen sofort Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Der Inhalt des Gesetzes ist kurz folgender: Die Länder haben zur Förderung des Wohnungsbaues in den Jahren 1920 und 1921 zusammen mindestens 30 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung aufzubringen. Zu diesem Zweck erheben die Länder für die Jahre 1921 bis längstens 1940 eine Abgabe von den Einkommensberechtigten der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude. An Stelle dieser Abgabe können die Länder die Mittel durch einen Zuschlag zu einer bestehenden oder durch eine neue Steuer vom Grundvermögen von den vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude oder von diesem Zeitpunkt bebauten Grundstücken decken. Die Grundsätze für diese Abgabe treffen die Länder, falls sie nicht bis zum 1. Mai 1921 durch Regelgesetz geregelt sind. Die Regelung der Deduktion hängt also zunächst von der weiteren Stellungnahme des Reichstags zu den beiden vorliegenden Entwürfen ab, wodurch auch die Entscheidung der Länder über Erhebung einer Abgabe vom Grundvermögen an Stelle der Wohnungsabgabe bedingt wird.“

„Produktive“ Erwerbslosenfürsorge.

Eine recht sonderbare Auffassung über die produktive Erwerbslosenfürsorge scheint der Gemeindevorstand von Hartmannsdorff bei Treuen im Vogtlande zu haben. Wie unser Blauenr Brudersblatt mitteilt, forderte der dortige Gemeindevorstand die Erwerbslosen auf, die Wirtschaftsweg der Gutsherren auszuwandern und bietet ihnen hierfür, außer der Weiterzahlung ihrer Erwerbslosenunterstützung, noch einen Stundenlohn von 1,50 Mk.

Ein solches Gebot ist nicht nur unzulässig, sondern strafbar; selbst wenn es sich nicht um Privatwege, sondern um Gemeindefürsorge handelte. Entweder wird der Erwerbslose beschäftigt und er hat dann einen angemessenen Arbeitslohn zu beanspruchen, oder er wird nicht beschäftigt und muß dann Erwerbslosenunterstützung beziehen. Daß sich aber die Gemeindevorstände oder Privatpersonen auf Kosten der Erwerbslosenunterstützung ihre Straßen und Wege bauen lassen, ist gänzlich unzulässig und strafbar.

Die Forstakademie soll in Tharandt bleiben.

Die Landtagsabgeordneten haben anlässlich der Beratung über die Regierungsvorlage wegen Ansiedlung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig eine Besichtigung in Tharandt vorgenommen. Dadurch haben die Mitglieder fast aller Parteien, wie von verschiedenen Seiten übereinstimmend berichtet wird, an Ort und Stelle die Ueberzeugung gewonnen, daß keinesfalls Gewähr dafür besteht, daß bei der Verlegung nach Leipzig mit den in der Vorlage geforderten 4 Millionen Mark auszukommen sei. Man ist deshalb der Meinung, daß die gegenwärtige Finanzlage diese Verlegung nicht geboten erscheinen läßt. Die Nachfolge der jetzigen Inspektion der Forstakademie sollen durch eine engere Verbindung mit der Technischen Hochschule in Dresden befestigt werden.

Bericht über die Freilichtausstellung in Chemnitz.

Die sozialistische Jugendbewegung Sachsens konnte am Sonntag, dem 13. Februar, einen Tag des Fortschritts verzeichnen. In Chemnitz fand eine Konferenz der S. P. J. im Chemnitzer Colosseum

statt. Auf der Tagesordnung stand: 1a) Bericht der provisorischen Landeszentrale, 1b) Bericht der Reichszentrale usw. 1c) Bericht der Kreise, 2) Beratung der Bezirksstatuten, 3) Uebersicht über die Sachlage, Referat mit Diskussion, 4) Wahl der Bezirksleitung und des Reichsauswahlausschusses, 5) Anträge und 6) Verschiedenes.

Bertraten waren Chemnitz, Grimma, Pögnitz, Müdenberg, Müdenberg, Pögnitz, Müdenberg usw. In den Berichten interessierte, daß die S. P. J. in Sachsen über 19 Ortsgruppen mit 1500 Mitgliedern verfügt, wovon die Ortsgruppe Leipzig allein 22 Untergruppen hat. Man bemängelte die zu geringe Zahl für das „rote Sachsen“ und stellte fest, daß nach der Spaltung nun freie Bahn vorliegt und die Bewegung nun vorwärts gehen wird. In Punkt 2 einigte man sich über die vorgelegten Bezirksstatuten, die eine teilweise zentrale Regelung der Geschäfte vorsehen und den Weg zu einer großräumigen und umfangreichen Aktion sichern werden. Unter Punkt 3 referierte Genosse Meißner, der vorwiegend die Stellung der S. P. J. zur U. S. P. D. und im Zusammenhang damit die Berliner Richtlinien behandelte. Im weiteren Punkte konstituierte sich die neue Bezirksleitung wie folgt: Bezirksvorsitzender Erik Kühn, Leipzig; Bezirksführer Arno Kremer, Leipzig sowie der Kreisleiter A. B. Gerhart Schubert, Chemnitz; Hufe, Blauen, und Beier, Müdenberg. Als Reichsauswahlausschuss wurde Genosse Schubert, Chemnitz, gewählt. Unter Anträgen interessierte folgender, der mit Mehrheit angenommen wurde: „Die zur Bezirkskonferenz für Sachsen zusammengekommenen Delegierten der Ortsgruppen des Bezirks Sachsen helfen die in der Verhandlung der Zentral- und Reichsauswahlausschüsse mit dem Parteivorstand der U. S. P. D. gefassten Richtlinien zur Parteifrage aus, und schlagen vor, diese auf der kommenden Reichskonferenz endgültig anzunehmen. Die sozialistische Jugend und im besonderen die S. P. J. wird nun mehr den je Hand in Hand mit der U. S. P. D. mit ihren älteren Klassenkämpfern für den Sozialismus kämpfen. Möge diese Tatkraft der Ausgangspunkt zu einem kräftigen Siegen und Vorwärtsschreiten sein.“

Virna. Das neugewählte Stadtverordnetenkollegium, in dem die bürgerlichen Parteien 14, die linksstehenden 16 Sitze haben, trat zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Als Vorsitzender wurde Geschäftsführer Schirmer (U. S. P.), als 1. Stellvertreter Lehrer Hördt (Mehr-Soz.) und als 2. Stellvertreter Schlosser Schlegel (Rom.) gewählt.

Vimbach. Das Projekt einer Autoverbindung nach Penig und einer Straßenbahn Müdenberg-Burgkötter-Vimbach wird vom Stadtrat befürwortet. Die Straßenbahn ist als Postfahrstraße gedacht.

Gerodorf. Der Verein für Bergmannswohnungen in Zwickau bewilligte für die hiesige Bergarbeiterziedelung eine weitere Million Mark, für Straßen- und Schleusenbauten hat die Gemeinde vorläufigweise 50 000 Mk. angeworfen.

Ritterogran. Sächsische Zollbeamte hielten in der Umgebung böhmische Schmuggler mit einer größeren Menge Rum an, wobei es zum Kampfe kam und die Schmuggler verwundet wurden.

Berichtsaal.

Ueber die Tyrannei der Zwangswirtschaft, bei der eine Menge Beamten auf Staatskosten im Lande herumbummelten, empörte sich der Gutsherr Schorn aus Deutschfluppa vor dem Amtsgericht. Er hatte auch einige Urache dazu. Man wies ihm nämlich nach, daß er seinen Viehbestand falsch angemeldet und drei Kühe nicht mit angegeben, auch Kartoffeln ohne Marken verkauft habe. Außerdem hatte er seine Militärlizenzen unrichtig aufgeführt und wöchentlich 12-15 Pfund Butter zu wenig abgegeben. Das Schöffengericht hatte ihn deshalb zu 3000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht hob als Berufungsinstanz die Verurteilung wegen der ersten beiden Punkte auf, da die betreffenden Bestimmungen außer Kraft gesetzt sind, bestätigte aber die Strafe von 1500 Mk. für die unrichtige Aufstellung der Militärlizenzen und bürdete dem Verurteilten die Kosten für beide Instanzen auf. — Da das Urteil selbst sagt, daß der Angeklagte fortgesetzt viel höhere Buttermengen erzielt hat als er angab, so wird er bei den hohen Schleichhandelspreisen für Butter die lächerlich geringe Strafe für seine Betrügerei längst mehrfach wieder eingenommen haben.

Wenn man aus bester Familie ist, kann man sich nicht nur eine merkwürdige Vorliebe für Schmutz und Edelsteine leisten, man kann sie sogar lieben, ja man darf ein unschuldig bezwogen verhafteter Diebstahlsverdächtig sein, ohne einen Finger zu rühren, wie es der Handelskammermann Will Steiner aus Hohenelbe in Böhmen tat. — Er wohnte mit genügend Geldmitteln versehen, in einer vornehmen Pension in der Beethovenstraße, stahl einer befreundeten Dame in deren Abwesenheit aus ihrem Zimmer Edelsteine, die er ausbrach und unarbeitslos ließ. „Selbstverständlich“ häuften sich gegen das Dienstmädchen die dringendsten Verdachtsmomente. Es wurde, wie der Verteidiger sagte, „ein Opfer der Polizei“ und verbrachte 14 Tage unschuldig in Untersuchungshaft. Bei einem zweiten Diebstahl in einem andern Zimmer fielen ihm zwar keine Edelsteine, wohl aber Geld in die Hände, und siehe, er „sammelte“ auch das und brachte es in aller Kürze mit durch! — Über wenn man einen geschickten Dieb hat, dann ist ja noch nicht alles verloren! Mit welcher Wärme wußte der Anwalt darzustellen, daß man es nicht mit einem normalen Dieb zu tun habe. Er sei ein teilweiser Schwachmann. In der vornehmen Pension gab es für seinen krankhaften Sammeltrieb zu viel Edelsteine. Er war sich gar nicht darüber klar, daß er fremdes Eigentum nahm. Er wollte die Ringe nur einmal betrachten und hätte sie gewiß sofort zurückgebracht, wenn der Verlust nicht bemerkt worden wäre. Steiner ist offenbar ein ausländischer Mensch, der um das verhaftete Dienstmädchen Qualen gestiftet hat. Er ist bis zum Polizeigebäude gegangen, um sich anzugeben, da er aber kein Heros des Selbstbewußtseins ist, kehrte er vor dem Tore wieder um. Es fehlte ihm die Seelengröße. Um das Mädchen zu retten, sagte er den heroischen Entschluß, noch einmal zu fliehen und dadurch den Beweis zu liefern, daß das Dienstmädchen nicht die Diebin sein könne. — Das Gericht folgte allerdings dem Verteidiger nicht ganz. Es verurteilte Steiner wegen zweifachen Diebstahls zu je 6 Monaten Gefängnis, die in eine Gesamt-

strafe von 9 Monaten zusammengezogen wurden. Da er voll geschäftig war, wurden ihm noch 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Beim zweitenmal hätte er zweifellos als Dieb gehandelt, da er das Geld nicht nur an sich nahm, sondern auch sehr reich verbrauchte. Nur die vom Gerichtsanwalt festgestellte pathologische Veranlagung rettete ihn vor der Anwendung der vollen Schwere des Gesetzes, die sein Verhalten verdient hätte. Die beantragte Haftentlassung wurde wegen Furchtverdachts, da Steiner Ausländer ist, abgelehnt.

Reichsgericht.

Wegen versuchten Betrags militärischer Geheimnisse verurteilte der 2. Strafsenat des Reichsgerichts den am 16. September 1900 in Zwickau am Tannus geborenen Bankbeamten Wilhelm Hinger zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust unter Anrechnung von 6 Monaten der früheren Untersuchungshaft; Postfachausfisch; wurde für zulässig erklärt. Der Angeklagte ist 1920 nach Döbeln gegangen, um eine Stellung im Postbureau anzunehmen, und zwar im Dienst der französischen Spionage. Er wurde von da nach Briege geschickt, dort ging selbst dorthin, weil er sich in Döbeln nicht mehr ganz sicher fühlte. Er hatte von den Franzosen den Auftrag bekommen, über die Organisation und die Dienstverhältnisse der deutschen Grenzwehr und über die politische Propaganda in Oberschlesien Erkundigungen einzuziehen. Er ist auch in dieser Richtung in Breglitz tätig gewesen und hat es versucht, eine Reihe von Nachrichten über die Stärke und Organisation der Grenzwehr zu erhalten. Er hat diese Nachrichten für solche gehalten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind. Das, was er erfuhr hatte, hat er teilweise ausgeprägt, teilweise im Kopie behalten und damit begonnen, es seinen Auftraggebern zu übermitteln.

Ein Kriegesbeschädigter als Raubmörder. Vom Schwurgericht: Gera ist am 10. November v. J. der Elektrikinstallateur Walter Körner wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden, weil er am 18. Februar 1920 im Walde in der Nähe von Bachodderbaum den Bäcker Franz Kanis aus Gera ermordet und beraubt hat. Seine Revision kam vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Wie der Verteidiger erzählte, stammt der Angeklagte aus guter Familie und hat Verwandte in sehr angesehenen Stellungen. Er hat sich im Kriege eine schwere Gasvergiftung zugezogen und soll deshalb geistig nicht mehr normal sein. Der Verteidiger vertat die Ansicht, daß der Angeklagte auch bei Begehung der Tat unzurechnungsfähig gewesen sei und rügte insbesondere, daß sein Antrag, den Professor Dr. Gaupp über die Geisteszustand infolge von Gasvergiftung zu vernehmen, vom Schwurgericht abgelehnt worden ist. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Angeklagten als unbegründet.

Schwurgericht.

Freigesprochen wurde in nichtöffentlicher Sitzung der Bergarbeiter H. H. Schellenberg aus Reitz von der Anklage wegen Anzucht an einem Kinde, Blutschande und Notzucht.

Vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust erhielt der Ucker Otto Weichstädt aus Hartmannsdorff wegen versuchten Mordes. Der wegen kindlichen Diebstahls schon mehrmals und wegen Rückfallsdiebstahls mit einem Jahr Gefängnis vorbestrafte Angeklagte hatte am 14. August 1920 mit seiner Mutter und zwei Schwestern einen nächtlichen Felddiebstahl ausgeführt. Auf dem Heimwege von Gendarmen überrascht, flohen Weichstädt und seine Mutter. Er näherte sich aber wieder und hat hinter einer Pappel herbei sechs schwere Schlüsse auf den Gendarmenwachmeister Krähel abgeben, wobei glücklicherweise nur dessen Hund getötet wurde. Obgleich die ältere Schwester sofort erklärte, die Entschlohenen seien ihr Bruder und ihre Mutter und das auch im Dezember zu Protokoll gab, leugnete Weichstädt auf das hartnäckigste und schloßerte mit vielen Worten, daß er abends um 11 Uhr schlafen gegangen und am Morgen zu seiner Ueberzeugung verhaftet worden sei. Der Gendarm jedoch behauptet, ihn auf 5 Meter Entfernung deutlich erkannt zu haben. Alle Beweise sprechen gegen ihn, und obgleich seine Schwester, die unweidrig bleibt, ihre Aussage nicht mehr aufrecht erhält, sprach ihn die Geschworenen schuldig und das Gericht verhängt die oben erwähnte Strafe.

Schöffengericht.

Zwei Beleidigungsklagen gegen den Herausgeber der Fackel, den ehemaligen Kaufmann, Privatdetektiv und jetzigen Schriftsteller Werner, wurden am Donnerstag vor dem Schöffengericht verhandelt. Werner wollte die Verhandlung vertagt haben, um den Wahrheitsbeweis anzutreten. Da er aber schon am 6. Januar die Zustellung erhalten hatte, ohne bis jetzt keine Zeugen zu nennen, und da er von einigen nicht einmal den Namen, von andern nicht die Adressen angeben konnte, lehnte das Gericht den Antrag auf Vertagung ab, da er nur gesteht zu sein, seine, um die Verhandlung zu verschleppen. Werner hatte in zwei Artikeln zwei Beleidigungen und einen Privatdetektiv mit Beleidigungen überhäuft und allerhand Behauptungen aufgestellt, die das Gericht als durch die Aussagen der Zeugen widerlegt ansah. Er wurde in dem einen Falle wegen übler Nachrede und Beleidigung zu 2 Wochen 3 Tagen Gefängnis und in dem andern Falle zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Im Urteil wurde hervorgehoben, daß B. nicht einmal für sich in Anspruch nehmen könne, im guten Glauben gehandelt zu haben, da er die Unterlagen für die von ihm verfassten Artikel in keiner Weise nachgeprüft hat. Er habe nicht Schäden verfolgen, sondern Geld verdienen wollen. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigungen und auf die Gefährdung, aus der sie entstehen sind, mußte auf Gefängnisstrafe erkannt werden. Die Klagegegner erhielten das Recht, das Urteil auf Kosten Werners in der Fackel, den neuesten Nachrichten und der Volkszeitung zu veröffentlichen. — Werner erklärte u. a., er habe sich mit seinem Material nicht an die Behörden gewendet, weil die Polizei ihre Pflicht doch nicht getan hätte. Ueber die U. S. P. D. der Fackel wären ganz falsche Vorstellungen in der Bevölkerung vorhanden, sie betrage nur 30 000. Er hätte den Händlern 35-40 Prozent Rabatt gegeben und auch sonst große Ausgaben gehabt. Einem Mitarbeiter zahlte er 3000 Mk. monatlich, neben einem Zeilenhonorar von 10 Pfg.

Neue Kohlenkarten
sind zur prompten Belieferung im
Bahn- und Landbezug ab Lager
und frei Haus anzumelden bei
Arno Kühn Nohf.
Leipzig-Connewitz, Kochstraße 138 (am Kreuz).

Achtung, Tierhalter!
Kleinkörn. gesunder Mals
1 Pfund nur 1,80 Mark
Grossabnehmer Vorzugspreise
(Säcke mitbringen.)
Max Werner Tel. 6402
Gegr. 1872
Am Flossplatz / Albertstrasse 52.

Den Parteigenossen und Parteigenossen der
U. S. P. D. empfehlen wir:
Die Rämpferin
Zeitschrift für Frauen und
Mädchen des werktätigen
Volkes. Erscheint alle 14
Tage mit einer 4 wöchent-
lichen Kinderbeilage. Sie
kostet die Einzelnummer
50 Pfg. Durch die Organi-
sation bezogen ist der Be-
zugspreis billiger.

Der Landbote
Unabhängig-sozialistisches
Organ für die gesamte
werkstätige ländliche Be-
völkerung. Erscheint alle
14 Tage. Die Einzelnum-
mer kostet 25 Pfg. Durch
die Organisation bezogen
ist der Bezugspreis billiger.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung
Taubacher Straße 19/21.

Geyers
Billige Lebensmittel.
Nur Qualitätsware.
1a Schmalz . . . 11,75
Margarine, Weir. . . 10,80
Brodereis . . . 2,30
Vollkorn . . . 2,75
Viktoria-Erbsen . . . 2,25
Grüne Erbsen . . . 1,90
Griech. Weiz. . . 2,00
Linsen . . . 3,60
Bohnen, weiß . . . 1,50
Bismarckbohnen . . . 5,00
Zuckerbohnen . . . 4,50
Stangenbohnen . . . 0,80
Vollkornmehl, 3. Sort. . . 2,00

Der Landbote
Klavier-Unterricht
erteilt Einzelnr. 10. 1. Witte
Schönefeld: Bau-Heide-Straße 30
Sellerhausen: Blümlingstraße 41
Raucher dank!
Das sicherste Mittel, das
Rauchen ganz od. teilweise
einzustellen. Wirkung ver-
bündelt. Ausf. umsonst.
Vers. San. Art. Gg. Englbrecht
München R 16, Kopuzierstr. 9
Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geißler
Blutreinigungskuren, Sonst. Behand-
lung. Vorausgehende gründl. Unter-
suchung der inneren Leiden mit Nach-
prüfung aus den Krankheitszeichen in
den Augen. Sprechz. 9-12 2-5. Pfaffenstraße 14.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair

IV.

Dieses Gebäude hatte der Jar errichten lassen, um das Volk dieser Gegend in Anechtlichkeit zu halten...

Sie traten durch den steinernen Eingang, eine Eisentür öffnete sich und fiel klirrend hinter ihnen ins Schloß...

"Feldwebel Perkins" — sagte der Leutnant — "dieser Fall soll Ihnen persönlich übergeben werden."

"Ja, Herr." "Dieser Mann ist auf verräterischer Propaganda gegen die Sicherheit der Armee betroffen worden..."

"Müssen Sie sofort haben; die Nachricht von seiner Verhaftung wird sich sonst verbreiten..."

"Gut Herr." Der Feldwebel reichte seinen gewaltigen Körper vom Stuhl auf, nahm Jimmies Arm zwischen schraubenartige Finger...

Dieser Mann war in Amerika Polizeiergeant gewesen, verstand sich daher vortrefflich auf die "Methode der dritten Section"...

Der zweite Soldat hieß Grady; er hatte Frau und Kinder in einer Mietstube in der "Höllens-Röhre" von Newyork zurückgelassen...

„So, Sie Hundesohn“ — sagte Perkins — „Jetzt hören Sie mich einmal an. Sie werden mir die Namen nennen. Sie werden mir diese Namen nennen, verstanden?“

Jimmie nickte, die Worte blieben ihm in der Kehle stecken, und er würgte bloß unzulammenhängende Laute hervor.

„Es wird Ihnen bloß viele Schmerzen verursachen, wenn Sie noch länger zögern. Seien Sie vernünftig. Wer sind die Leute?“

„So, nun gut. Wir werden schon sehen.“ Der Feldwebel drehte Jimmie um, so daß er hinter dessen Rücken stand.

„Werden Sie die Namen nennen?“ „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Werden Sie die Namen nennen?“ „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Werden Sie die Namen nennen?“ „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Werden Sie die Namen nennen?“ „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Werden Sie die Namen nennen?“ „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Werden Sie die Namen nennen?“ „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Werden Sie die Namen nennen?“ „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Werden Sie die Namen nennen?“ „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Nennen Sie mir die Namen“ — sagte der Feldwebel. Jimmies Hände waren bis zu seinem Nacken gehoben...

Dies ging so fort, bis der Feldwebel den Atem verlor; der primitive Handprozeß, zu dem amerikanische Sentimentalität die Polizei verdammt hat...

Perkins befahl: „Den Kopf hinunter!“ Sie bogten Jimmie nach vorn, bis sein Kopf den Boden berührte...

(Vertsetzung folgt.)

Wissenschaftliche Verbindungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland.

Von der Auslandsabteilung des wissenschaftlich-technischen Departements des Obersten Wirtschaftsrats...

Die der wissenschaftlichen Vertretung der Russischen Sozialistischen Föderativen Arbeiterrepublik angegliederte Auslandsabteilung des wissenschaftlich-technischen Departements...

Zu ihren Aufgaben gehören: 1. Herstellung geregelter Beziehungen zu den deutschen und westeuropäischen Gelehrten...

2. Belorgung von Büchern, Lehrmitteln, Geräten, Instrumenten im Auslande für Rußland.

3. Gründung einer Patentabteilung und Aufnahme der Beziehungen zu den ausländischen Patentämtern.

Die R. T. D. hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bisher das Folgende geleistet:

Sie hat sich die Mitarbeit und Unterstützung einer ganzen Reihe hervorragender deutscher und russischer Gelehrter und Fachleute gesichert...

Bezüglich der elektrischen Maschinen. In Vorbereitung befinden sich ein Handbuch der Telephonie...

Mit der Abfassung von Abhandlungen für die dritte Serie betreffend die neuesten Erzeugnisse in Wissenschaft und Technik...

Damit hätte die Praxis erwiesen, was Kautsky und andre von vornherein betonten; daß es sinnlos ist, einen Vernichtungskrieg gegen die nichtbolshewistische Gelehrtenwelt...

„Die Krankheiten der elektrischen Maschinen.“ In Vorbereitung befinden sich ein Handbuch der Telephonie...

„Die Krankheiten der elektrischen Maschinen.“ In Vorbereitung befinden sich ein Handbuch der Telephonie...

Kleine Chronik.

Künstlerische Gymnastik und Tänze der Schule Doza Menzler. Zwei Gefühle stritten miteinander um die Herrschaft...

Die Aufführung gab ein geschlossenes Bild der Methode der Schule Menzler, die auf dem Prinzip einer gleichmäßigen, nicht exaltierten, organischen Entwicklung der Körperbewegungen beruht...

Die Aufführung gab ein geschlossenes Bild der Methode der Schule Menzler, die auf dem Prinzip einer gleichmäßigen, nicht exaltierten, organischen Entwicklung der Körperbewegungen beruht...

Die Aufführung gab ein geschlossenes Bild der Methode der Schule Menzler, die auf dem Prinzip einer gleichmäßigen, nicht exaltierten, organischen Entwicklung der Körperbewegungen beruht...

Die Aufführung gab ein geschlossenes Bild der Methode der Schule Menzler, die auf dem Prinzip einer gleichmäßigen, nicht exaltierten, organischen Entwicklung der Körperbewegungen beruht...

Die Aufführung gab ein geschlossenes Bild der Methode der Schule Menzler, die auf dem Prinzip einer gleichmäßigen, nicht exaltierten, organischen Entwicklung der Körperbewegungen beruht...

Die Aufführung gab ein geschlossenes Bild der Methode der Schule Menzler, die auf dem Prinzip einer gleichmäßigen, nicht exaltierten, organischen Entwicklung der Körperbewegungen beruht...

die uns höchste ästhetische Befriedigung gewähren. Und sie zeigte weiter, wie barbarisch doch diese kapitalistische „Kultur“ ist...

Der 5. Vortrag über Deutsche Dramatiker des 19. Jahrhunderts in der Reihe der Schillervereins-Vorträge behandelte Richard Wagner. Prof. Witkowski erblidete die Bedeutung des Dramatikers Wagner nicht so sehr in seinem dramatischen Schaffen...

Konzerte. Milja Nikisch zeigte an seinem Klavierabend eine fertige Virtuosität, aber eine noch bei weitem nicht ausgereifte musikalische Auffassung.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Die Aufführung, die den reifen Künstler auszeichnet, hat er sich erst noch zu erringen. — Ganz Ähnliches zeigte der Klavierabend von Walter Gieseking.

Eingelaufene Schriften.

Dr. Fritz Gerathewohl: St. Simonistische Ideen in der deutschen Literatur. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Sozialismus. Verlag G. Bief u. Co. m. b. H. München. Preis 2 M.

H. Schulte Altenroel: Der Tabakbau in der Heimat und die Verarbeitung der Ernte. Selbstverlag Münster in Westfalen, Schwellingstraße 12.

Aus Sowjetrußland.

Allgemeine Mobilisation zur Heizmittelbeschaffung in Rußland.

O. E. Das allrussische Zentralerekutivkomitee hat in einem von dem Vorstehenden Kollin unterzeichneten telegraphischen Befehl die allgemeine Mobilisation sämtlicher Bürger der Sowjetrepublik zur Hilfe bei der Heizmittelbeschaffung und der Holzsuche angeordnet.

Verkehrs- und Verpflegungskrise in Rußland.

O. E. Nachdem, wie gemeldet, die Stilllegung der Hauptstrecke für den Verkehr nach Sibirien Kasach-Syran für den 15. Februar beschlossen worden war und bereits 31 Bahnstrecken im europäischen Rußland außer Betrieb sind, meldet nunmehr die Moskauer Presse, daß eine Betriebsinstellung der großen Transsibirischen Bahn und weiterer wichtiger Bahnen der Republik zu erwarten sei.

Arbeiterschutz in Sowjetrußland.

Die Moskauer Prawda, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, veröffentlicht in ihrer Nr. 4 vom 6. Januar d. J. einen von S. K. A. P. L. u. n. gezeichneten Artikel, der eine außerordentlich scharfe Kritik der Lage des Arbeiterschutzes in Sowjetrußland enthält.

Neue Offensivpläne der Weißgardisten im fernen Osten.

O. E. Sellingsford, 15. Februar. Aus Tschita wird gemeldet, daß die weißgardistischen Generale Semenov und Baron Ungern ihren Kampf fortzusetzen beabsichtigen, um die Republik des Fernen Ostens von der Sowjetherrschaft zu befreien.

Die Bolschewisten geben nach.

Wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, hat der Rat der Volkskommissare der Ukrainischen Sowjetrepublik kürzlich folgenden Dekret erlassen:

2. Der obligatorische ukrainische Sprachunterricht ist in allen Schul- und Bildungsanstalten mit nichtukrainischer Unterrichtssprache sofort einzuführen.

Rußlands Gebiet und Bevölkerung.

Die Moskauer Iswestija beziffert das gegenwärtige Gebiet der russischen föderativen Sowjetrepublik, mit Einschluß der Republik Buchara und Kamenen, soweit letzteres nicht von den Türken besetzt ist, mit 18 235 000 Quadratkilometer.

Sechzehn Sowjet-Republiken.

Die Wiener Kofka teilt mit: Auf föderativer Grundlage sind mit Sowjetrußland folgende Republiken in Gebiete vereinigt.

Amnestie für Ausländer in Rußland.

Neval, 15. Februar. (DE.) Das allrussische Zentralerekutivkomitee hat beschlossen, eine aus Vertretern sämtlicher Volkskommissariate zusammengesetzte Kommission unter Beteiligung der Außerordentlichen Kommission („Tscheka“) zu bilden, welche die Amnestie für die Ausländer durchzuführen soll.

Ausbeutung russischer Naphthaquellen durch amerikanische Kapitalisten.

U. London, 17. Februar. Die Sowjetpresse berichtet über einen Vertragsabschluss mit einem amerikanischen Naphtha-Syndikat, der Royal Dutch Company.

Beginn des russisch-italienischen Warenaustausches.

In Neapel ist eine bolschewistische Kommission unter Führung Kissins eingetroffen, um den Warenaustausch zwischen den italienischen und russischen Kooperativgesellschaften zu organisieren.

Produktionsförderung in Rußland.

Von sowjetoffiziöser Seite wird mitgeteilt: Die ergänzenden Instruktionen des letzten allrussischen Kongresses zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in der kommenden Saison werden in die Tat umgesetzt.

Die Prawda meldet: In der letzten acht Monaten wurden in vier Städten des Moskauer Gouvernements Elektrizifizierungszentralen in der Stärke von 35 bis 65 Pferdekraften (?) Das wären ganz kleine Anlagen.

tozen gebaut u. s. m. In vielen andern Ortschaften erfolgt der Bau von hydroelektrischen Stationen und andern Elektrizitätswerken, darunter eine in Swirsk mit 224 Pferdekraften und eine in Pawlowski Wosad mit 500 Pferdekraften.

Der Prozeß des Dichters Kaiser.

In München ist am Dienstag der Dramatiker Georg Kaiser — mehrere seiner Stücke sind in den Leipziger Theatern aufgeführt worden, so Die Koralle, Gas — wegen Unterschlagung in drei Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, worauf vier Monate Untersuchungshaft in Anrechnung kommen.

Georg Kaiser hat aus einer Villa des amerikanischen Malers Frank Hermann, die er am 1. August 1919 gegen eine Jahresmiete von 6000 Mk. bezog, Perleopische, ein Konversationslexikon und Silbergeschirre verkauft und dafür 14 000 Mk. erlöst.

Kaiser erklärte sich für nicht schuldig, gab aber die Tatsachen zu. Aber er habe keinerlei verdächtige Ablichtung gehabt, sondern er sei überzeugt gewesen, alles erlegen und wieder gutmachen zu können.

Bewerkschaftsbewegung.

Wir sind Herren im Hause.

Der Herr-im-Haus-Standpunkt der Unternehmer treibt die sonderbarsten Blüten. Ganz besonders scheinen die Leipziger Textilindustriellen und mit ihnen ihr Syndikus Herr Dr. Höhn das Bedürfnis zu haben, die durch die Revolution etwas ins Wanken gekommenen Macht der Unternehmer wiederherzustellen.

Pfirsich Edel-Margarine kocht, bäckt, bratet, schmeckt wie Butter. F. E. Krüger und den bekannten Verkaufsstellen. Zu haben bei

vera. Sie hefehen sich dadurch des Rechtes, daß ihnen die Ver-
ordnung vom 12. Februar 1920, und zwar der § 12 dieser Verord-
nung, und die Arbeitsordnung gewährt.

Bei der Firma Mittel u. Krüger wurden im November und
Dezember 1920 circa 150 Arbeiterinnen auf unbestimmte Zeit ein-
gestellt, auch bei der Firma Sühr u. Co. wurden Arbeiter zur
Aushilfe eingestellt. Diese mußten von 3 zu 3 Tagen immer
einen Tag aussetzen. Dadurch galten sie überhaupt
nicht als ständige Arbeiter und wurden nicht ein-
mal zur Krankenkasse angemeldet. In der Leipziger
Kammgarnspinnerei wurden eine Anzahl Arbeiterinnen und auch
4 Spinner zur Aushilfe, zunächst bis Ende Januar 1921, eingestellt.
Diese Vereinbarung wurde aber wieder verlängert bis Ende März
dieses Jahres. Beim Ablauf der ersten Vereinbarung mußten die
Arbeiter einen neuen Revers unterschreiben, daß sie Ende März
ohne weiteres die Arbeit verlassen wollten. Das sind Vereinbarun-
gen, die man der in Not befindlichen Arbeiterschaft abzwängt ent-
gegen den gesetzlichen Bestimmungen.

Derartige Abmachungen, die hier mit den Arbeitern getroffen
werden, verletzen gegen die Verordnung vom 23. Dezember 1918.
Es heißt dort im § 1: „Sind die Bedingungen für den Abschluß
von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern
und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern
durch schriftlichen Vertrag geregelt, so sind Arbeitsverträge zwischen
den beteiligten Personen insofern unwirksam, als sie von der tarif-
lichen Regelung abweichen usw.“

Derartige Verträge verletzen aber auch gegen die guten
Sitten, weil der eine Teil der Vertragsschließenden die Not und
Zwangslage des andern benützt, sich wirtschaftliche Vorteile zu ver-
schaffen. Auf diese Vorgänge sei hiermit ausdrücklich das sächsische
Arbeitsministerium und der Reichsarbeits-
minister aufmerksam gemacht. Der Wille der Gesetzgeber beim
Erlaß der Verordnung vom 12. 2. 1920 war doch zweifellos, die
Arbeiter vor unvorhergesehenen Lohnausfällen zu schützen. Das
Gesetz soll natürlich auch die 14tägige Kündigungsfrist bezeichnen, die
gerade in der gegenwärtigen Situation des wirtschaftlichen Auf-
und Nieder eine Notwendigkeit für die Arbeiterschaft ist. Es wäre
unbedingt notwendig, daß das Arbeitsministerium zu diesem
neuesten Vorgehen der Unternehmer Stellung nähme und festlegte,
wie weit es für gewerbliche Arbeiter zulässig ist, zur Aushilfe ein-
gestellt zu werden. Bisher war diese Methode in der Textilindu-
strie überhaupt nicht Mode. Das Einstellen auf Probe war ge-
setzlich schon bisher für Handelsgehilfenpersonal geregelt, und zwar
ist die Zeit dort auf 3 Monate festgelegt. Für die Textilarbeiter
hat ein Einstellen auf Probe überhaupt nicht existiert und darf
auch auf keinen Fall Platz greifen, wenn nicht der Willkür der
Unternehmer Tor und Tür geöffnet werden soll. Wenn diese
Methode, die jetzt Textilindustriellen in Leipzig üben, allgemein
Praxis werden sollte, so würde das darauf hinauslaufen, daß im-
mer ein großer Teil Arbeiter mit einem Bein in der Fabrik und
mit dem andern auf dem Straßensplatz stände. Einen derartigen
Widerstand kann keine Gesetzgebung wünschen oder zulassen.

Wo dieser „Herr-im-Haule-Standpunkt“ hinführt, zeigt das
Vorgehen der Firma Chem. Wäsberei und Färberei H. Ludner,
Wahren bei Leipzig. Dort wurden am 27. und 28. Dezember 1920
die Kessel gereinigt. Diese Kesselreinigung hat bisher schon stän-
dig, fast regelmäßig alle halben Jahre wiederkehrend, stattgefun-
den, aber bisher sind die Kessel nicht zugleich, sondern einer nach
dem andern während der Arbeitszeit gereinigt worden. Diesmal
ist man von dieser Methode abgekommen und hat die Arbeiter ein-
fach nicht arbeiten lassen und so wirtschaftlich geschädigt. Ob da-
bei die Unternehmer gegen das Gesetz verstoßen oder nicht, spielt
für diese Herren keine Rolle. Im Betriebsratsgesetz § 78, Abs. 2
ist ausdrücklich festgelegt, daß jede Arbeitszeitveränderung mit dem
Betriebsrat vereinbart werden soll. Trotzdem hat hier der Unter-
nehmer, wahrscheinlich auf Anraten seines Syndikus, eigenmächtig
gehandelt und sich selbstherrlich über das Gesetz hinweggesetzt. Groß-
mütig hat der Unternehmer den Arbeitern den 1. Weihnachtstagen
bezahlte. Was er aber hier den Arbeitern mit der linken Hand
gab, verjuchte er mit der rechten, entgegen den gesetzlichen Bestim-
mungen, doppelt wegzunehmen, indem er die beiden Tage, trotz-
dem er gesetzlich dazu verpflichtet gewesen wäre, nicht arbeiten ließ.
Auch hier mußte das Gericht, und in diesem Falle das Gewerbe-
gericht, entscheiden. Die Sache der Firma resp. ihres Syndikus
stand von vornherein auf sehr schwachen Füßen. Als alle Stränge
rissen, nahmen sie ihre Zuflucht zu der vereinbarten Arbeitsordnung.
Die Begründung des Herrn Syndikus stützte sich auf den Ab-
schnitt 4 der Arbeitsordnung, der besagt, daß nur für geleistete
Arbeit Lohn zu zahlen ist usw. In der Gegenbegründung gelang
es, das Gegenteil von der Auffassung des Herrn Syndikus nachzu-
weisen. Auch der Hinweis auf den § 323 des BGB. nützte nichts.
So erfuhr der Vertreter des Unternehmers eine blamable Nieder-
lage.

Die Arbeiterschaft im allgemeinen und die Arbeiterschaft der
Textilindustrie im besonderen mögen aus dem Vorgehen der Unter-
nehmer die Lehre ziehen, daß sie für die Zukunft, trotz der politi-
schen Meinungsverschiedenheiten, doch für Einigkeit und Geschlos-
senheit in den wirtschaftlichen Organisationen sorgen müssen, wenn
sie nicht wünschen, daß diese „Herr-im-Haule-Standpunkt-Bäume“
der Unternehmer in den Himmel wachsen sollen!

Erklärung.

In der Generalversammlung der Metallarbeiter am 16. Februar
lag eine Anfrage vor, warum der Verband Plakate in einem fa-

silastischen Betrieb herstellen sollte. Kollege Lieberack ver-
teidigte das u. a. mit dem Hinweis, auch das Kartell habe Pla-
kate in bürgerlichen Betrieben drucken lassen. Das ist eine der
vielen unwahren Behauptungen, die gegen uns gerichtet werden.
Der Kartellausschuh erklärt, daß er niemals ein Plakat, eine
Bekanntmachung oder Veröffentlichung usw. in einem bürger-
lichen Betrieb bestellt hat. Auch während des Verbootes der
Leipziger Volkszeitung haben wir alle Plakate in dem Arbeiter-
betrieb (Leipziger Buchdruckerei) bestellt und sind diese auch da
gedruckt worden.

Gewerkschaftskartell Leipzig. Erich Schilling.

Auch die Behauptung von Lieberack stimmt nicht, daß man
bei Benutzung der Plakatsäulen gezwungen wäre, die Plakate bei
der Firma Bar u. Hermann drucken zu lassen. Die Plakate können
überall hergestellt werden. Die Redaktion.

Lehrlingszuchterei in Bauhofsloßereien!

Im Bauhofsloßerhandwerk sieht die Lehrlingszuchterei in großer
Blüte. Betriebe mit 4 bis 6 Gehilfen haben in der Regel 10 bis
15 Lehrlinge. In einigen Fällen werden sogar bis zu 30 Lehr-
lingen beschäftigt, neben einer kleinen Anzahl Gehilfen. Es gibt
auch Betriebe, wo bis zu 8 Lehrlinge, aber keine Gehilfen be-
schäftigt werden. Daß unter diesen Umständen die Ausbildung der
jungen Leute alles zu wünschen übrig läßt, ist danach nur zu
begreiflich. Haben die Lehrlinge ausgereizt, müssen sie in der
Regel umfalten oder in einem Fabrikbetrieb Unterschluß suchen.
Die lange Lehrzeit ist dann umsonst geopfert.

Die „Lehrmeister“ sehen in den Lehrlingen nur billige und
willige Ausbeutungsobjekte. Der mit der Leipziger Bauhofsloß-
ereinigung vereinbarte Tarif sieht 8 Mk. Vergütung pro Woche im
ersten, 12 Mk. im zweiten, 16 Mk. im dritten und 20 Mk. im
vierten Lehrjahr vor. Trotz dieser geradezu erbärmlichen Be-
zahlung gibt es auch noch Lehrmeister, die sich nicht schämen, nur
die Hälfte dieser Sätze zu zahlen und dabei noch Krankenversiche-
rungsbeiträge usw. in Abzug zu bringen. Das ist eine nicht scharf
genug zu geltende wucherische Ausbeutung der jungen Leute.

Die Behandlung der Lehrlinge ist ganz allgemein sehr schlecht.
Abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen sind Kräfteaus-
drücke aus allen Gebieten der Zoologie entlehnt genug und gäbe.
Auch Schläge gibt es sehr oft. Es sind sogar Fälle vorgekommen,
wo die Lehrlinge direkt zum Stechen angehalten wurden.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Gehilfen haben
versucht, mit der Innung eine Regelung der Lehrungsverhältnisse
zu vereinbaren. Das Scheiterte an dem Herr-standpunkt der
Innungsleute. Die „Meister“ wollen sich nicht in die profitlose
Lehrlingszuchterei hineinreden lassen. Es bleibt nun nur der
Ausweg offen, daß die Lehrlinge, deren Eltern und die Gehilfen
gemeinsam vorgehen. Die organisierten Gehilfen veranstalten
seit einiger Zeit allmonatlich Versammlungen mit den Lehrlingen
und deren Eltern. Dabei bietet sich Gelegenheit, Mißstände zur
Sprache zu bringen und gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren.
Auf diese Weise wird es möglich sein, den Bauhofsloßereihabern
Zweckbindnisse abzutrotzen. Aber das allein genügt noch nicht.
Die Eltern, die ihren Söhnen das Bauhofsloßerhandwerk erlernen
sollen, müssen sich vor Abschluß der Lehrverträge mit den
organisierten Gehilfen verständigen. Die Brandenburger
Bauhofsloßer im Deutschen Metallarbeiterverband erstellt jeden
Montag, abends von 7/8 Uhr ab, im Volkshaus, Zimmer 3, Aus-
kunft und Rat. Dorthin wende man sich vor Abschluß von Lehr-
verträgen.

Der „Hausfleiß“ soll gefördert werden.

Das Reichsarbeitsministerium hat an die Wirtschaftsmini-
sterien der Länder folgendes Schreiben gerichtet:

Dem Reichsarbeitsministerium ist von verschiedenen Seiten
die Anregung unterbreitet worden, die Förderung des ländlichen
Hausfleißes durch eine im Reichsarbeitsministerium einzurich-
tende Stelle (Hausfleiß-Förderungsstelle) planmäßig zu be-
treiben. Durch diesen Hausfleiß soll den nicht vollbeschäftigten
Arbeitskräften auf dem Lande, besonders im Winter, Winterarbeit
geboten werden. Ferner wird von der Förderung des Haus-
fleißes erhofft, daß die Landarbeiter und ländlichen Stedler sich
dadurch Gerätschaften, Strickwaren, Stoffe und andre Gegenstände
billig werden herstellen können. Als Arbeitsgebiete, die für den
Hausfleiß in Frage kommen, werden genannt Holzschmiedarbeiten,
Weidenflechterei, Wollspinnerei, Weberei und Spinnfabrikation,
Kunstweberei und dergleichen. Das Reichsarbeitsministerium
bittet die beteiligten Stellen um gutachtliche Äußerung zu dieser
Anregung.

Der hinter der Anregung steht und welcher Zweck mit dieser
Anwaltschaft verfolgt wird, ist leicht zu erraten. Die Land-
arbeiter sind durch die Verkürzung der Arbeitszeit in die Lage
versetzt worden, sich auch mit kulturellen, politischen und gewer-
schaftlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Das ist den Agrariern
in doppelter Hinsicht unangenehm. Mit der Hausarbeit hoffen
sie, die Landarbeiter wieder vollständig an die Arbeit zu fesseln
und gleichzeitig die Möglichkeit zu schaffen, die Löhne herab-
zusetzen resp. niedrig zu halten. Es würde damit die Lebenslage
auch der übrigen Arbeiterschaft herabgedrückt, die Arbeitslosigkeit
noch mehr vergrößert werden.

Das Schreiben des Reichsarbeitsministers ist von den rük-
ständigen Unternehmerinteressen diktiert. Es kann keinen
Augenblick ein Zweifel darüber walten, daß die Arbeiterschaft eine

derartige „Fällfrage“ für die arbeitende Landbevölkerung energisch
zurückweisen muß. Die Arbeiterschaft verlangt auch für die Land-
arbeiter eine Bezahlung, die diesen eine menschenwürdige Existenz
ermöglicht.

Nach der Beamtenbewegung.

Die Vertreter der Vorstände folgender Postfachverbände:
Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband
Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband der Deutschen
Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen, Bund geprüfter Sekre-
täre und Obersekretäre der Reichspost- und Telegraphenverwal-
tung, Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten,
Bund Deutscher Post- und Telegraphenassistenten und Anwärter
sind nach eingehender Durchberatung von Nichtklagen als Grund-
lage für den künftigen Satzungsentwurf übereingekommen, unter
Vorbehalt der Zustimmung der sachverständigen Organe die
Gründung einer Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphen-
beamten mit Beschleunigung zu vollziehen.

Ein sofort gebildeter engerer Ausschuß, in dem diese Verbände
vertreten sind, hat den Auftrag erhalten, alle notwendigen Vor-
arbeiten für den geplanten Zusammenschluß sofort in Angriff
zu nehmen. An den Arbeiten dieses Ausschusses beteiligt sich auch
die Vereinigung der höheren Reichspost- und Telegraphenbeamten.
Von dem Namen Reichsgewerkschaft darf man sich
nicht darüber täuschen lassen, daß es sich bei der Gründung um ein
wirtschaftsrechtliches Gebilde handelt.

Der Metallarbeiterstreik im Erzgebirge hat nach fünfwöchiger
Dauer sein Ende gefunden. Die Arbeit wurde allenthalben
wieder aufgenommen, nachdem die Unternehmer sich bereit erklärt
haben, eine Zulage von 1.10 Mk. pro Stunde zu gewähren und
sämtliche Streikenden wieder einzustellen.

Der Streik in den Metallgießereien in Halle ist beendet. Die
Arbeiter nahmen den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses
an, wonach ihnen ein Lohnzuschlag von 25 Pfg. die Stunde ge-
währt wurde. Die Metallindustriellen lehnten aber den Schieds-
pruch ab. Sie sind geneigt, nur den Arbeitern über 21 Jahre die
Lohnzuschläge zu gewähren. Die Metallarbeiter beschloßen trotz-
dem, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die „Straßenbahnangelegenheiten im rheinisch-westfälischen
Industriegebiet haben den Ausstand begonnen. Der Betrieb
ruht in den Gauen Essen, Dortmund und Elberfeld. Im ganzen
sind 33 Bahngesellschaften in Mitleidenschaft gezogen.

Itzehoe-Sowatkei und Moskauer Gewerkschaftsinternationale.

In der am 11. Februar stattgefundenen Sitzung der Itzehoe-
Sowatkei Gewerkschaftsvereinigung erschien, nach einer Vor-
wärtig-Meldung, ein Sekretär der Moskauer Gewerkschaftsinter-
nationale, welcher erklärte, er habe eine Einladung zu dem inter-
nationalen Gewerkschaftskongreß in Moskau am 1. Mai vorzu-
bringen. Da er sich nicht legitimieren wollte und sich auch sonst
nicht höflich benahm, wurde vom Gewerkschaftsrat einstimmig be-
schlossen, die inoffizielle Einladung Moskaus nicht zu re-
nennen. Sollte eine offizielle Einladung erfolgen,
wird über diese Frage erst verhandelt werden, natürlich unter der
Bedingung, daß die Itzehoe-Sowatkei Gewerkschaftsvereinigung
an dem Kongreß in Moskau nur als Gast und zu informationel-
len Zwecken teilnehmen kann, da sie der 2. Gewerkschaftsinternationale
zu Amsterdam angehöre.

Briefkasten der Redaktion.

H. Sch., Hohenzollernstraße. Ziehen Sie einen Arzt zu Rate,
1702. Treten Sie mit einer Buchhandlung in Verbindung,
die Antiquariate erwirbt.

H. B. Wenden Sie sich an das Mietvermittlungsamt. Ist
Ihnen die Renonierung versprochen, so müssen Sie klagen, wenn
sie nicht durchgeführt wird.

E. M. 100. Das kommt ganz auf die Vereinbarung an. In
der Regel erfolgt, in solchen Fällen, wenn nicht eine ausdrückliche
Abmachung vorliegt, keine Zurückzahlung. Doch stellen Sie die
Forderung.

Verfälschung. Sehen Sie nach, was in den Bedingungen der
Versicherungsgesellschaft steht. Eine Zurückzahlung des Geldes ist
nicht ausgeschlossen.

M. 1878. Stellen Sie zunächst einen Antrag an die Orts-
krankenkasse.

M. M. Marktrankfurt. Sie können Ansprüche geltend machen.

H. R. Selterhausen. Ausschuh der Kinderhilfskommission
Leipzig, Neues Rathaus, Zimmer 200. — 2 Mk. Parteikasse.

H. R. Dazu ist vor allem die schriftliche Zustimmung des
Erben notwendig.

H. Sch. 100. Zum Unterhalt gehört auch die Vorbildung zu
einem Beruf, deren Kosten der Vater bestreiten muß, wenn er dazu
in der Lage ist. — 2 Mk. Parteikasse.

H. B. 12. Machen Sie ein Gesuch. Ob es Erfolg hat, können
wir nicht wissen. — 2 Mk. Parteikasse.

H. Sch. 500. 1. Bei schriftlichen Eingaben brauchen Sie die
Straße nicht besonders anzugeben. 2. Ohne Nachteils werden Sie
das Papier nicht loswerden.

Durch neue günstige Einkäufe

Schuhwaren von guter Qualität zu Extra-Preisen

**Damen-
Schnürhalbschuhe**
echt Chevreau
bestes Fabrikat, soweit Vorrat

98,50

Damen-Halbschuhe
echt Chevreau
spartes Modell, mit Ueberwurf-Lasche

138,-

Wir bieten diesmal ganz Außergewöhnliches.

Naturfarbene
Flexibel-Sandalen
27 bis 30 31 bis 35 36 bis 39
49,- 59,- 69,-

Ein Posten erstklassiger rahmengenähter
**Herren- und Damen-Stiefel
und Halbschuhe**

bekannt gutes Fabrikat, teils mit geringen Fabrikationsfehlern

Serie 1 Serie 2 Serie 3 Serie 4

Hauptsächlich Lack-
rahmengenähte
Damen-Halbschuhe **188 198** Hauptsächlich hohe
farbige rahmengenähte Damenstiefel

168 Wirkliche
Gelegenheitskäufe **250**
für den sparsamen Verbraucher

Nordheimer



**Rahmengenähte Herren-
Stiefel und -Halbschuhe**
Rindbox
ganz außergewöhnlich billig

168,-

**Farbige Herren-Stiefel
und -Halbschuhe**
Rahmengenäht, braun Chevreau und mahagoni
Rindbox

198,-

Wir bieten diesmal ganz Außergewöhnliches!

Wichsleder-
Kinder- und Knaben-Stiefel
27 bis 30 31 bis 35 36 bis 39
65,- 75,- 95,-

Metallarbeiter

Verband
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Öffnungszeiten entliehen werden.
Zentralforderungen müssen gegen Einreichung des Verbandbuchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Helzungsmonteur und Helfer.
Sonntag, den 19. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Sitzung der Vertrauensleute. Jeder Betrieb muß vertreten sein!
Die Branchenleitung.

Bauhilfen. Die Besichtigung des E.-W.-Süd findet Sonntag, 20. Febr., statt. Treffpunkt 1/10 Uhr am Goldenen Stern, Wöhna, Bornaische Straße.

Messinglinienarbeiter. Montag, den 21. Februar, 1/5 Uhr, im Restaurant Gutenberg, Versammlung. Tagesordnung: 1. Delegation zur Reichskonferenz. 2. Untere gegenwärtige Lage. Erscheinen aller ist Pflicht!

Osten. Brandis und Umgegend. Dienstag, den 22. Februar, abends 1/8 Uhr, Mitgliederversammlung im Parkschloßchen, Brandis. Tagesordnung: Stellungnahme zur Beitragskürzung. Alt.-Komitee E.-Ost.

Bauhilfen und Konstruktionsarbeiter. Mittwoch, den 23. Februar, abends 1/7 Uhr, im Volkshaus, Branchen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenleitung. Es haben alle Kollegen zu erscheinen. Mitgliedsbuch mitbringen. Die Branchenleitung.

Konsum- und Spargenossenschaft für Wurzen u. Umgegend
Eingetragene Genossenschaft m. beschr. Haftung.
Sonntag, den 19. Februar 1921, abends 7 Uhr, im Deutschen Kaiser zu Wurzen:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Halbjahresbericht.
2. Revisionsbericht.
3. Änderung des § 10 Absatz 1 und § 33 Absatz 1 des Statuts. Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 2.- Mt. und Erhöhung des Anteils auf 200.- Mt.
4. Festlegung der aufzunehmenden fremden Gelder.
5. Genehmigung eines Bauprojekts.
6. Eröffnung einer Verkaufsstelle in Wernsdorf und Anschaffung von Inventar für dieselbe.
7. Wenderzung der Sterbeunterstützungslage.

Zu einem zahlreichen Besuch dieser äußerst wichtigen Versammlung ladet ein Der Aufsichtsrat, W. Müller, Bors.

Freirelig. Gemeinde Leipzig

Sonntag, den 20. Februar, vormittags 10 Uhr, in der Frauenberufsschule

Feier des 76jährig. Bestehens
Festrede, musikalische Darbietungen. Mitglieder und Gäste ladet ein Der Vorstand. Wir geben unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß Anmeldungen zu unserer Feuerbestattungskasse in nächster Zeit angenommen werden. Mitteilung darüber erfolgt noch.

Große Auswahl gutgepflegter **Weine, Weinbrand-Verschnitt**
Kognak, Rum, Kirchwasser, Whisky, Liköre. Billigste Preise für Händler.

Einzelverkauf — Reichsstraße 33/35. **Gust. Altkuckatz** Rob. Rausch Leipzig
Geogr. 1885. Weingroßhandlung. Tel. 8005.

Liebhhaber
hausgeschlächter Wurst
bringen sich um
viel Geld, wenn sie meine

billigen **Wurst**-Angebote nicht beachten!
H. Müller, Täubchenweg 6 u. Markthalle Gal. 150.

N. Schmalz	12.00	Boll-Reis	2.50
N. Tafelöl	13.00	Bohnen	2.00

Gehr. Kiebel Nachf., Inh. A. Zschau
Planitz, Schönerstraße 22.

Achtung! Eröffne Achtung!
Freitag, den 18. Februar, in Leipzig-Eutritzsch, Magdalenenstraße 25 (Eingang Dauslur) eine

Roßschlächterei
solner Fleisch- u. Wurstwaren mit elektr. Betrieb. Spezialität:
Brühwurst, Fleischklöße. Jeden Nachmittag, von 4 Uhr an: **Warme Würstchen.**
Wilh. Finn. Telefon 16482.

la Schweinefleisch 14 u. 17 Mt.
la Rindfleisch zum Kochen u. Braten 13 Mt.
Hammel- u. Kalbfleisch 14 u. 15 Mt.
Gehacktes 12 Mt. **Wurst** in befandter Güte 14 Mt.
empfehlen **Mödersche** Straße 27.

Schmalz wieder eingeflossen
à Pfund **11.25**
Lindenau, Albertinerstraße 110, Hof part.

Konsum-Verein L.-Plagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung
Leipzig-Plagwitz Leipzig-Reudnitz
Karl-Heine-Strasse Nr. 107 Dresdner Strasse Nr. 55

Konfirmanden-Anzüge

in blau Cheviot und Tuch, I- und IIreihig mit Riegel und Falte und Umschlag-Hose
300.- 355.- 375.- 400.- Mark

Farbige Anzüge

kleidsame Jackett- und Sport-Passons aus guten Stoffen mit vorzüglichem Sitz
330.- 375.- 425.- Mark

Konfirmanden-Kleider

in weiss und farbig
150.- 175.- 225.- Mark
und höher.

Kostüme

guter Sitz und schöne Stoffe
von **300.-** Mark an

Konfirmanden-Jacketts

in schönen, modernen Farben, mit buntem Kragen
125.- 150.- 170.- 210.- Mark

Blusen u. Kostümröcke

in grosser Auswahl.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21, Telefon 3426.
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Mühlengasse 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Austrägerinnen aller Tageszeitungen Montag, 21. Februar, abends 1/8 Uhr
Versammlung im Volkshaus, Gesellschaftslokal. Stellungnahme zu den Tarifverträgen. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.
Die Sektionsleitung.

Handelsarbeiter aller Branchen Mittwoch, den 23. Februar, abends 7 Uhr, Verfassung des Schiedspruches und Abstimmung im Neuen Gasthof, Gohlis. Erscheint in Massen! Gebt Eurer Meinung Ausdruck!
Die Fachgruppenleitung.

An alle Funktionäre, Vertrauensleute, Betriebsräte, Obmänner. Montag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kolonnenabteilung. Die Neuwahlen zu den Betriebsräten. Erläuterung der Wahlordnung. Kollege Jablonsky, zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 22. Februar, abends 7 Uhr

Großer Theaterabend

veranstaltet von den Mitgliedern der Leipziger Volksbühne in den Reichshallen, Volkmarisdorf.

Im Hinterhaus

Soziales Volksstück in 4 Akten von Ernst Preczang.
Eintrittskarten einschließlich Kartensteuer und Kleiderablage 2.50 Mt.
Karten für die Mitglieder des Ostens bei den Beisitzern, für die übrigen Mitglieder im Bureau.
Auf diese erste bezahlte Veranstaltung machen wir unsere Mitglieder ganz besonders aufmerksam.
Die Ortsverwaltung.

Bauarbeiter-Verband

Leipzig: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 35-37, geöffnet von 9-1 und 4-1/2 Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr.
Bauarbeiter-Verband Leipzig: Telefon: 8078
Bureau: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 35-37, geöffnet von 9-1 und 4-1/2 Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr.

Montag, den 21. Februar, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Zeiger Straße 32.
Tagesordnung: Bericht der Bauarbeiter-Kommission, Bericht der Kartellvertreter und Neuwahlen dazu.
Der Vorstand.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Borsdorf. Die Mitgliederversammlung findet erst am Sonnabend, dem 20. Februar, statt.

Sächsischen-Lößthema. Sonntag, 19. Februar, abends 1/8 Uhr Mitgliederversammlung im Kasino. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Rud. Kühn über: Die politische Lage und die Forderungen der Entente. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Funktionäre werden ersucht, sich vor Beginn der Versammlung zu einer kurzen Besprechung einzufinden. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Reinzhöher. Sonntag, den 19. Februar, abends 1/8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Terrasse. Tagesordnung: Parteiangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet, da wichtige Parteiangelegenheiten zu erledigen sind. D. B.

Marzleeberg. Sonntag, den 19. Februar, abends 1/8 Uhr, Mitgliederversammlung in Moders Galkhof. 1. Vortrag des Genossen Otto Hoffmann. 2. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Mödern. Die für Sonntag, den 19. Februar, angesetzte Mitgliederversammlung fällt zugunsten der Dienstag, den 22. Februar, stattfindenden öffentlichen Volksversammlung im Goldenen Anker, in der Genosse Liebmann über: Die Einheitsfront des Proletariats referiert, aus. Zahlreichen Besuch dieser Volksversammlung erwartet D. B.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Montag, den 21. Februar, abends 1/8 Uhr, Frauen-Versammlung in den Weltendhallen (Kassieraal) Plagwitz. 1. Vortrag über: Frauenarbeiten. 2. Aussprache. 3. Verabschiedung. Zutritt haben nur weibliche Mitglieder. Zahlreiche Beteiligung wünscht Der Vorstand.
NB. Für die Kinder unserer Mitglieder findet am Sonntag, dem 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, ein Gesellschaftliches Beisammeln im Jugendheim, 44. Volksschule, Lindenau, Demmeringstraße 31, statt. Zutritt haben nur Kinder von 10 Jahren an.

Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Sonntag, den 19. Februar, abends 1/8 Uhr, Mitgliederversammlung im Böhmerwald. Tagesordnung: 1. Steuerverhältnisse in Reich, Staat und Gemeinde. Ref.: Genosse Karl Kromer, Leipzig. 2. Parteinachrichten. 3. Verabschiedung. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Proletarische Tribüne

Erste Veranstaltung:

Revolutionäre Dichtung 1848

Sonntag, den 20. Februar, abends 1/8 Uhr, im Vereinshaus (Blauer Saal), Pohlstraße.
Eintritt für Mitglieder 2 Mt., Nichtmitgl. 3 Mt.

Vorher, pünktlich 6 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Statutenberatung.

Die Reichseinkommensteuer

von Rudolph Weid. — Preis 1.50 Mt.
Leipziger Buchdruckerei H. O. Zschauer Str. 19/21

Familien-Nachrichten

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 15. Februar mein guter Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Steinmetz

Gustav Malz

im Alter von 48 Jahren im Krankenhaus St. Georg nach langem schwerem Leiden verschieden ist.

Dies sei es tiefbetrubt an

Henriette verw. Malz als Mutter

Emilie Hohmann geb. Malz

Berta Brohme geb. Malz

Emma Fritzsche geb. Malz

Minna Malz

Friedrich Malz

Hermann Malz.

Einäschung findet Sonntag, den 19. Februar, vorm. 1/11 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Zentral-Verband der Steinarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig

Nachruf!

Dienstag, den 15. Februar, verschied nach langem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Steinmetz

Gustav Malz

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Die Ortsverwaltung.

Johann Steuer

L.-Lindenau, Ruppenstraße 14, II.

In tiefem Schmerz

Franziska verw. Steuer geb. Moch

nebst Hinterbliebenen.

Einäschung Montag 11 Uhr auf dem Südfriedhof.

Donnerstag, den 17. Februar verschied sanft nach schwerem Leiden mein unvergesslicher Gatte, der

Schlosser Konrad Raab

L.-Reudnitz, Sojer Str. 60

In tiefem Schmerz

Seine tiefgeliebte Gattin Hermine Raab.

Einäschung Montag, den 21. Febr., nachm. 1/4 Uhr, auf dem Südfriedhof. Blumen dankend abgelegt.

Mittwochabend 1/9 Uhr fand pünktlich und unerwartet im fast vollendeten 68. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Schöpferin, Groß- und Urgroßmutter

Frau Marie verw. Curth

In tiefer Trauer

Familie Karl Scholler

Familie Walter u. Richard Curth.

Beerdigung Sonntag 1/3 Uhr auf dem Südfriedhof.

ALTHOFF

Vorwort zur „Weißen Woche!“

Die Weiße Woche geht um! Vort überall her lesen Sie es. Man fragt uns: „Wo bleibt Althoff?“ — Wir kommen schon, wir überstürzen uns nicht! So etwas braucht Zeit zur gründlichen Vorbereitung.

Montag, den 21. Febr. beginnen wir!

Wir haben diese Weiße Woche in der Tat so großzügig vorbereitet, daß Sie Ihre Freude daran haben werden. Wir waren im Elsaß und haben dort für Millionen der schönsten weißen Waren gekauft. Wir haben den richtigen Moment erfaßt und Sie werden davon profitieren. Sie werden in dieser Weißen Woche für feine Qualitäten ganz ungewöhnlich billige Preise finden, und Sie werden sich dadurch zum Kaufen geradezu gezwungen fühlen.

Morgen Sonnabend werden Sie Weiteres von uns hören!



Aus den zahlreichen Einfindungen auf den in Nr. 40 vom 10. 2. der Leipziger Neuesten Nachrichten ausgeschriebenen Wettbewerb ist von uns der obige Name

Stadt-Restaurant

Bier-, Wein- und Speisehaus

gewählt worden. Die Eröffnung findet

Sonnabend, 19. Februar
abends 6 Uhr statt.

Wir versichern Jedermann prompteste und aufmerksamste Bedienung.
Kochschlungsvoll

Otto Schmidt und Sohn.

Täglich von abends 6 Uhr: **Künstler-Konzerte.**
Kapelle Günther Gohlens.

Spezial-Ausshank der
Thomas-Brauerei München.

Billigste Gelegenheiten!
Wachstuche
Tischdecken, Tische usw.
Linoleum
Tapeten
H. Messler, Eisenbahnstr. 99
an der Elisabethstr.

Hermann Stollberg
L.-A., Rutherstr. 20
Lebensmittel
Vollkornweizen u. Spirituosen
Hauschl. Würstl. 14-24.00
Speck, geräuch. 10.50
aer. Milch, Mehl, Dose 9.00
Mais, bel 10 Wfd. 2.10.

Bücher aller Art erhalten die Leser unserer Zeitungsvorteilhaft durch unsere Buchhandlung. Wenn Gewünschtes nicht auf Lager ist, wird es schnellstens besorgt. Die Vitthalen und die Lustträger der Volksetzungen, Bestellungen werden auch **Zeitschriften** regelmäßig, täglich nach Erscheinen, ausgeliefert. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neubestellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig zugestellt werden können.

Leipziger Buchdruckerei
Witwen-Gesellschaft
Abteil. Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Seipzig, Tauchaer Str. 19/21
Filialen:
Volkshaus Seipzig, Seiberstr.
Seipzig-Ost, Elisabethstr. 19
L. Lindenau, Obergangstr. 1
L. Magwik, Weihenfelder Str.
L. Kleinschöder, Dieselstr.
L. Schönfeld, Steit. Str. 64
L. Thonberg, Reichenb. Str.
L. Stötterich, Verb.-Post-Str.
L. Connewitz, Bornalischer Str.
L. Gohlis, Lindenhaler Str.
L. Eutrich, Magdalenenstr.
Leipzig-Seipzig, Hauptstr. 87.
Söhlis-Chrenb., Wettinerstr.

Vorteilhaftes Angebot zur Konfirmation

Stoffe

Diagonal in allen Farben, zirka 90 cm breit Meter 29.00
Krepp in rosa und Hellblau, zirka 90 cm breit Meter 29.50
Reinw. Cheviot in schönen Farb., zirka 90 cm breit Meter 38.00
Reinw. Krepp gut in Tragen, in schwarz und weiß Meter 68.00
Reinw. Serge in herrlichen Modelfarben, zirka 105 cm breit. Meter 88.00
Reinw. Popeline in schwarz und marine, zirka 105 cm breit. Meter 85.00

Wäsche

gute Stoffe, tadelloste Ausführung
Mädchen-Hemd 38.00 33.50
Mädchen-Beinkleid 38.50, 32.00 28.50
Untertailen 19.75 14.50
Stickerl-Röcke 49.00 44.00
Burschen-Hemd mit Fällchen 95 cm lang 59.00
Taschentücher f. a. Batist u. Linnen, weiß und mit bunter Kante 3.50, 4.75 3.75

Kleider

Samtkleid schwarz und marine, prima Velvet, Botte Form . . . 578.00
Kleid Wolle mit Seidenstreifen . 195.00
Kleider weiß Batist und Volle, glatt und gestickt 175.00, 125.00 115.00

Backsch-Jackets und -Mäntel

In großer Auswahl zu billigsten Preisen

Anzüge

Anzüge in marineblau, erstklassig verarbeitet 410.00, 350.00 325.00
Anzüge aus farbigen u. haltbaren Stoffen 520.00, 360.00 310.00

Stiefel

Halbschuhe für Mädchen 124.00, 108.00, 98.00 78.00
Stiefel f. Mädch. 104.00, 146.00 118.00
Stiefel f. Bursch. 175.00, 146.00 126.00

Hüte

für Burschen in schwarz und farbig 58.00 48.00
Geschenke in großer Auswahl

Für Händler und Wiederverkäufer
Baumwollwaren und Strickgarne
zu billigsten Tagespreisen

Kaufhaus Max Sachse

Leipzig-Lindenau, Lütznerstrasse 45-47
Während der Tischzeit, von 1 bis 3 Uhr nachm., geschlossen

Ludwigstr. 20 **Achtung!** Ludwigstr. 20
Frisches Schweinefleisch . . . 18.00 Mk.
Frisches fettes Hammelfleisch . 12.00 „
Rindfleisch 13 u. 14.00 „
Div. ff. Würstwaren.

Sabe heute in Volkmaradorf, Zollhoferstr. 31, ein

Kohlengeschäft

eröffnet und bitte die geehrte Kundenschaft, die neuen Hausbrand- und Gewerbe-Kohlentarten abzugeben. Lieferung in Bahn- und Landbesug frei Haus ab Lager.
Telephon 60-081. **Gustav Golze.**

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. 1.
Leipziger Bücher-Ramisch-Halle
Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof.
Billigste Auswahl, Unterhaltungs- und Jugendbüchlein.
Große Auswahl, Billige Preise, Rein Kaufmann.
Anlauf von Büchern über Zeitschriften u. Schulbücher.

